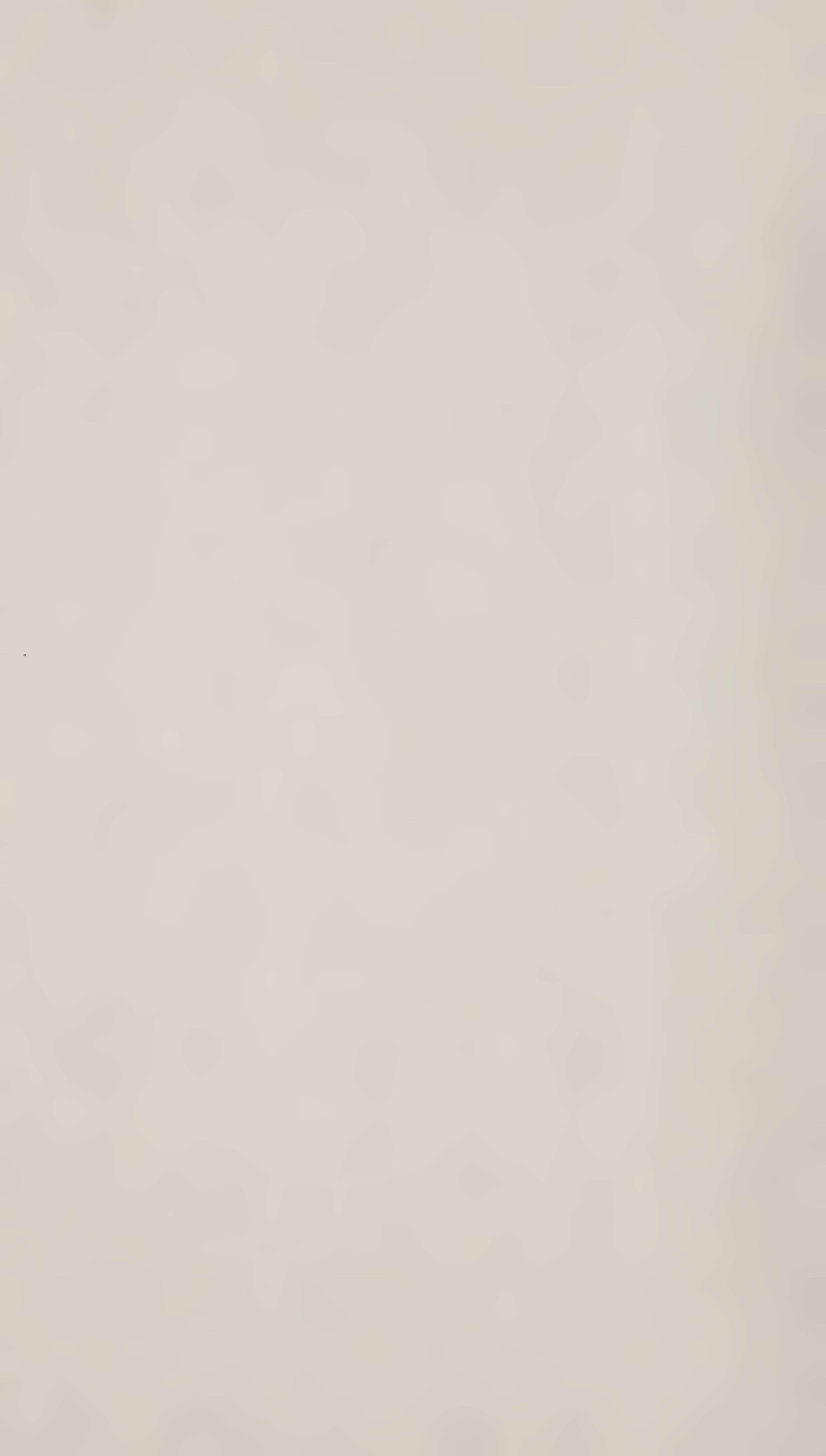








Amerika

und

die Sklaverei.

Von

Julius C. Oberbauer.

(Mit Benützung eines schon im „Janus" abgedruckten Aufsatzes.)



New-York,
Verlag von Helmich & Stark, 201 William-Street,
1854.

Die Unabhängigkeits-Erklärung.

Es ist eine Erscheinung, die dem unbefangenen Beobachter nicht entgehen kann, daß Völker, deren Loos es ist, unter einer despotischen Regierung zu leben, oft lange Zeit sich lieber dem Drang der Umstände unterwerfen, als die Früchte ihres Fleißes dem ungewissen Schicksal preisgeben wollen, welches im Gefolge von Gewaltthätigkeiten über sie hereinbrechen könnte. Erst wenn der Druck unerträglich wird, fangen die Opfer desselben an mehr als gewöhnlich über ihre Lage nachzudenken, sie beleuchten den Ursprung der Macht ihrer ungerechten Obrigkeiten, sie vergleichen ihren gegenwärtigen Rechtszustand mit den Geboten des in die Brust eines jeden Menschen eingegrabenen Naturrechts, und je größer die Unbilden waren, welche sie erdulden mußten, desto sicherer wird in ihnen die Ueberzeugung wach, daß die Macht ihrer Unterdrücker nur auf Anmaßung beruht und mit desto größerer Wachsamkeit und Eifersucht werden sie sich nach gelungener Befreiung vor jedem Gewaltmißbrauch ihrer neuen Führer zu schützen suchen, sie werden die Rechte der Einzelnen durch schriftliche Satzungen sicher stellen und die Macht der Obrigkeiten auf angemessene Weise beschränken. — Eine ähnliche Entwickelung der Dinge fand in Amerika zur Zeit der Trennung der Kolonien von England statt.

Die englische Regierung hatte seit langer Zeit die Bewohner der amerikanischen Kolonien durch vielfältige Verletzung ihrer, ihnen nach brittischer Verfassung zustehenden, Rechte gekränkt und war gegen alle Vorstellungen und Beschwerden darüber taub geblieben.

Die Verdrängung der Schwurgerichte und die Ernennung feiler Richter an ihre Stelle, die unbillige Begünstigung der Engländer mit Ausschluß der Amerikaner in der Besetzung aller Aemter und die Verfolgung der freisinnigen Volksvertreter waren die ersten Ursachen der Erbitterung, die noch bedeutend erhöht wurde durch die Stempelakte und die Besteuerung des Thees, an deren Bewilligung die Kolonien keinen Antheil hatten. Als nun die Bewohner von Boston thätlichen Widerstand leisteten gegen die Erhebung dieser zuletzt genannten, nach ihrer Meinung ungesetzlichen Steuer, und die brittische Regierung in ihren darauf folgenden Maßregeln deutlich die Absicht blicken ließ, diese einzelne Gewaltthätigkeit als einen Vorwand zu benutzen, um die Kolonien ihrer Rechte und Freiheiten gänzlich zu berauben und fortan mit der eisernen Hand des Despotismus zu beherrschen, da wurde es den Amerikanern klar, daß sie von England das Schlimmste zu fürchten hätten und entweder bereit sein müßten, den Nacken unter ein hoffnungsloses Joch zu schmiegen oder gemeinsame Sache zur Vertheidigung zu machen. Sie bewiesen sich als Männer und griffen zu den Waffen und ihre Weisen im Rath veröffentlichten die ewig denkwürdige Unabhängigkeitserklärung, worin in kräftigen Worten die ewigen Menschenrechte proklamirt werden. Es heißt darin:

„Wir glauben, daß die Wahrheiten sich von selbst verstehen, daß alle Menschen gleich erschaffen und vom Schöpfer mit gewissen unverlierbaren Rechten ausgestateet sind, worunter Leben, Freiheit und die Befriedigung des Glückseligkeitstriebes gehören; daß Regierungen unter den Menschen eingesetzt sind, um diese Rechte zu sichern, daß deren gesetzliche Macht nur von der Einwilligung der Regierten abgeleitet werden kann und daß, wenn immer irgend eine Regierungsform die Erreichung dieser Zwecke verhindert, das Volk berechtigt ist, sie zu verändern oder gänzlich abzuschaffen und eine neue Regierung einzusetzen, deren Grundlage auf solchen Principien ruht, und deren Gewalten in solcher Form geordnet sind, wie sie dem Volk am geeignetsten scheinen, sein Glück und seine Sicherheit zu befördern."

Durch diese Urkunde wurde der Welt in Donnerworten verkündet, daß die Hoheit, die Souverainität im Volke und nicht in ererbten Herrschern ruht, zum ersten Male wurde der Grundsatz unbeschränkter Selbstregierung und der Gleichheit aller Menschen aufgestellt. Es wurde der Entwurf für einen Musterstaat gemacht, der auf den breiten Grundlagen der Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit ruhen und dadurch das allgemeine Wohlsein befördern sollte.

Die Umstände, unter welchen die Amerikaner diesen Versuch machten, einen Musterstaat herzustellen und die Vorbereitung, welche sie als Bürger unter brittischen Gesetzen genossen hatten, waren dem Gelingen des Unternehmens günstig und nur ein Stein des Anstoßes, nur ein bedeutendes Hinderniß gegen die unbedingte ausgedehnteste Anwendung der erklärten Grundsätze war vorhanden, nämlich das Bestehen der Negersklaverei in den Kolonien.

Thomas Jefferson, der mit Recht der Vater der Demokratie genannt wird, wollte nebst den andern als Ursache der Trennung angegebenen Anklagen gegen den König von England noch einen Satz in die Unabhängigkeitserklärung aufgenommen wissen, worin demselben und seiner Regierung die Einführung der Sklaverei in die Kolonien als das schwerste ihrer Verbrechen vorgeworfen wird. Die Stelle lautet folgendermaßen:

„Der König von England hat der menschlichen Natur selbst einen grausamen Krieg erklärt, indem er ihre heiligsten Rechte auf Leben und Freiheit verletzte in den Personen eines entfernten Volkes, welches ihn nie beleidigt hatte. Er nahm sie gefangen und schleppte sie in die Sklaverei nach einer andern Himmelsgegend oder setzte sie der Gefahr aus, während des Transportes dahin eines elenden Todes zu sterben. Diese seeräuberischen Gewaltthaten, welche ungläubigen Barbaren zur Schande gereichen würden, sind die Thaten des christlichen Königs von England. Entschlossen, einen Markt zu halten, wo Menschen gekauft und verkauft werden sollten, hat er seine Gewalt geschändet, indem er jeden Versuch vereitelte, diesen niederträchtigen Handel durch gesetzliche Schranken zu verhindern. Damit aber dieser Fülle von Abscheulichkeiten kein Zug ausgezeichneter Schwärze abgehe, reizt er jetzt dasselbe Volk auf, zu den Waffen zu greifen um die Freiheit, deren er es beraubte, durch die Ermordung derjenigen zu erkaufen, denen er es aufgedrängt hat, um so Verbrechen, die er gegen die Freiheit des einen Volkes

verübt hatte, durch Verbrechen abzubüßen, die er es antreibt gegen das Leben eines andern Volkes zu begehen."

Dieser Satz, wenn er angenommen worden wäre, hätte der Unabhängigkeitserklärung die Krone aufgesetzt und den Gegensatz zwischen Republik und Gerechtigkeit auf der einen und Monarchie, Willkühr und Knechtung auf der andern Seite auf's Glänzendste hervorgehoben. Es wäre nothwendig die endliche Aufhebung der Sklaverei selbst daraus gefolgt, denn Niemand kann mit Anstand einem Andern Vorwürfe machen über Etwas, was er selbst zu thun bereit ist, Niemand könnte mit Anstand den König von England wegen Einführung der Sklaverei verdammen und zugleich dieselbe aufrecht erhalten. Allein die Folgen, welcher dieser Vorschlag Jefferson's nach sich gezogen, und der Ruhm, den die Republik davon geerntet haben würde, wurden vereitelt und vernichtet durch die Ausstreichung dieser Stelle in Folge des Widerstandes, den Georgia und Südkarolina gegen deren Aufnahme in die Unabhängigkeitserklärung erhoben. Diese beiden Kolonien besaßen eine bedeutende Anzahl von Sklaven und traten mit Ernst gegen jeden Versuch auf, die Abschaffung der Sklaverei herbeizuführen.

Damals, während des Krieges, war Einigkeit unter den Ansiedlern eine Hauptsache, ohne welche die Unabhängigkeit von England nie hätte errungen werden können, in dieser Zeit der Noth also mußten die Anhänger der allgemeinen Freiheit wenigstens für den Augenblick ihre Ansichten aufgeben und der Eintracht zum Opfer bringen.

Stellung der ersten Kongresse gegenüber der Sklaverei.

Nach glücklicher Beendigung des Krieges, nachdem man unter dem Banner der Freiheit und Gleichheit glorreiche Siege erfochten, unsterbliche Erfolge errungen hatte, nachdem man die einer goldenen Morgensonne ähnlich, sich erhebenden neuen Grundsätze gleichsam als einen Talisman erkannt hatte, der die bisher verschlossenen Pforten des Glücks und des Gedeihens eröffnet, alles Talent, jede Kraft und jede Tugend entwickelt hatte, konnte es nicht fehlen, daß die schlummernden Wünsche, diese Grundsätze in jeder Beziehung ohne Ausnahme in Anwendung zu bringen, wieder erwachten.

Es konnte nicht fehlen, daß die jetzt siegreichen Republikaner den himmelschreienden Widerspruch einsahen, in welchem die Fortdauer der Negersklaverei mit den ausgerufenen Freiheits- und Gleichheitsgrundsätzen mit der angenommenen republikanischen Regierungsform stand.

Auch ließen es die ersten Führer des amerikanischen Volkes, die Männer ohne Furcht und Tadel, wie Jefferson, Franklin, Madison u. s. w. nicht bei nutzlosen Lamentationen oder bei schön gedrechselten Reden bewenden, sondern sie legten Hand an's Werk das Uebel, auszurotten und seine Ausbreitung zu verhindern. Alle Urkunden, die von jener Zeit herrühren, zeigen deutlich, daß das Fortbestehen der Sklaverei nicht nur von einigen hervorragenden hellsehenden Geistern, sondern von der ungeheuern Mehrzahl aller Bürger und aller Staatsmänner als eine Nationalsünde und als eine drohende Gefahr für das Bestehen der jungen Republik betrachtet wurde. Nicht nur

jene Staaten, die von dem Uebel befreit, sondern gerade vorzüglich diejenigen, die damit behaftet waren, bemühten sich auf's Eifrigste, die Gefahr zu beschränken, zu mildern und wo möglich ganz aufzuheben. Man betrachtete diese Einrichtung als etwas Vorübergehendes, als einen Makel am Staatskörper, von dem er durchaus befreit werden müsse, und nur von den großen Schwierigkeiten, die sich der augenblicklichen Ausführung entgegenstellten, ließ man sich bewegen, die Befreiung der Neger aufzuschieben; als Beweise dafür mögen dienen:

1) Die Ordonnanz von 1787, welche die Einführung der Sklaverei in die Gebiete westlich vom Ohioflusse gesetzlich verbot, wodurch die jetzigen Staaten Ohio, Michigan, Indiana, Illinois und Wisconsin davon frei geblieben sind. Welcher Fülle des Elends ist nicht durch diese Ordonnanz vorgebeugt worden und um wieviel herrlicher gedeihen diese durch die patriotischen Beschlüsse des Kongresses von 1787 der Freiheit vorbehaltenen Gebiete, als die weit früher angesiedelten, aber mit dem Fluch der Sklaverei beladenen Staaten! Leser, vergleiche den Flor Ohio's oder das wunderrasche Aufblühen von Wisconsin mit dem Zurückbleiben und der Versunkenheit von Virginien und Nord-Karolina und entscheide mit Aufrichtigkeit, ob nicht die Ordonnanz von 1787 die Grundursache des Unterschiedes ist?

Dieselbe wurde im Kongreß beinahe mit Einstimmigkeit angenommen und die Sklavenstaaten, deren Stimmenzahl damals bedeutend überwiegend war, überzeugt von der Heilsamkeit des Beschlusses, erhoben dieses Mal keinen Widerspruch dagegen, sondern stimmten dafür.

2) Der Beschluß, wodurch, vom Jahre 1808 angefangen, jede weitere Einfuhr von Negern aus Afrika verboten wurde oder wodurch der überseeische Sklavenhandel verhindert und als Seeräuberei erklärt wurde. Man wollte die Quellen der Krankheit versiegen machen und den Zufluß des Krankheitsstoffes abschneiden, und abermals wurde der Beschluß mit großer Mehrheit und mit der Zustimmung der Sklavenstaaten gefaßt.

3) Zu gleicher Zeit mit der oben erwähnten Ordonnanz wurde die Verfassung, unter der wir jetzt leben, gemacht. Früher war der Bund der Kolonien und nachherigen Staaten zu lose, um den Anforderungen an eine wirksame Regierung zu entsprechen, deßwegen versammelten sich die Abgeordneten der verschiedenen Staaten in Philadelphia und verfaßten eine neue Bundesurkunde, die noch jetzt das Grundgesetz unserer Republik bildet. Diese Constitution der Vereinigten Staaten nun enthält gar nichts, mit Ausnahme des Versprechens, der Wiedererlangung entflohener Sklaven kein Hinderniß in den Weg legen zu wollen und der durch Drohungen ertrotzten $^3/_5$ Repräsentation der „dienstpflichtigen" Bevölkerung, die den Weißen der Sklavenstaaten zu Gute kommt, woraus man entnehmen könnte, daß die Staatsmänner jener Zeit die Sklaverei als eine dauernde Einrichtung betrachteten oder woraus man schließen könnte, daß sie sich für verbunden hielten, derselben irgend welchen Schutz angedeihen zu lassen, im Gegentheil wird dieselbe in dieser den Interessen der Freiheit gewidmeten Urkunde gar nicht erwähnt und das oben erwähnte Versprechen wurde in eine solche Fassung gebracht, wodurch selbst der Ausdruck „Sklave" vermieden

wurde. Die Klausel heißt nämlich: „Keine Person, die in Folge der Gesetze eines Staates zu Arbeit und Dienst verpflichtet ist und nach einem andern Staate entflieht, soll durch irgend ein Gesetz davon entbunden werden, sondern soll auf Verlangen der Partei, der sie Dienst und Arbeit schuldet, ausgeliefert werden."

Es muß also als eine bewiesene Thatsache anerkannt werden, daß in jenen ersten Zeiten der Republik die Sicherung der Freiheit als der Hauptzweck der amerikanischen Regierung und das Bestehen der Sklaverei nur als ein zufälliges, vergängliches Hinderniß betrachtet wurde, welches man, obgleich nicht augenblicklich, doch nach und nach zu überwältigen beabsichtigte.

Aenderung der Politik bezüglich der Sklaverei.

Leider wurden die der Freiheit günstigen und der Sklaverei feindseligen Staatsmaximen nicht mit jener Festigkeit, Folgerichtigkeit und Beharrlichkeit in's Werk gesetzt, welche so wünschenswerth gewesen wäre und so segensreiche Früchte getragen hätte. Was damals mit vergleichungsweise geringen Opfern hätte bewirkt werden können, ist jetzt durch die Gewalt der Gewohnheit und des Beispiels fast zur Unmöglichkeit geworden. Ja nachdem die erste Begeisterung für die neuen Regierungsgrundsätze verraucht war, nachdem die Lobgesänge an die Freiheit und Gleichheit mit der Neuheit viel von ihrem süßen Klang verloren hatten, und nachdem die Helden, welche im Unabhängigkeitskriege für die Verwirklichung ihrer Hoffnungen ihr Blut gezollt hatten, vom Schauplatz abgetreten waren, trat kalte Berechnung des Vortheils an die Stelle des Gerechtigkeitssinnes und die Stimme der Freiheit wurde gar zu oft von dem Geschrei der Leidenschaft übertönt. Welch' traurige Erscheinung, eine Nation zu sehen, welche in einem Augenblick hochherziger Erhebung sich auf eine bewundrungswürdige Höhe geschwungen, indem sie zuerst die unverlierbaren Menschenrechte verkündet und verfochten hat, und später bei kalter Ueberlegung um des scheinbaren Vortheils willen, den eine Verletzung derselben gewährt, wieder von ihrer erhabenen Stellung als Vertheidigerin des Rechtes und Feindin jeder Form der Unterdrückung herabsinkt.

Die Winke und ausdrücklichen Mahnungen Washington's und anderer Führer im Freiheitskampfe, der Sklaverei ein Ende zu machen, wurden gar zu bald vergessen, und der in Aufnahme kommende Bau der Baumwolle in den südlichen Staaten, welcher die Sklavenarbeit bedeutend im Werthe erhob, vollendete, was das Sinken der moralischen Kraft und der Freiheitsbegeisterung begonnen hatte; nämlich er brachte in der Gesetzgebung Amerika's jene Veränderung hervor, welche nicht nur die Sklaverei nicht zu ertödten suchte, sondern sie anfänglich mit heimlicher Sorgfalt pflegte und endlich in neuester Zeit offen als einen unschätzbaren Vortheil vertheidigte und ausbreitete.

So groß der Widerspruch war, die Sklaverei nach Herstellung der Republik fortbestehen zu lassen, so wurde die Welt doch durch die scheinbar gegründete Hoffnung damit versöhnt, daß die Republik, eingedenk ihres aus den unverlierbaren Menschenrechten hergeleiteten Ursprungs, auch diesen letzten Flecken bald verwischen werde. So groß dieser Widerspruch war, um so viel

größer ist der Unterschied zwischen den Bestrebungen der amerikanischen Regierung in den ersten Jahren der Unabhängigkeit und den Absichten und Zwecken der spätern und jetzigen Gesetzgeber Amerika's. Damals war allgemeine Freiheit ihr hohes Ziel, später erfreute sich die größte Verletzung derselben, obgleich nicht ohne Widerstand von Seite der Bessergesinnten, ihrer Pflege und Aufmerksamkeit und je näher wir der Gegenwart rücken, mit desto furchtbarerer Gewalt drängt sich uns die Ueberzeugung auf, daß der ganze Einfluß der amerikanischen Regierung den Zwecken der Sklavenhalter dient.

Das Amerika der neuern Zeit hat sein Gewicht in die Waage der Sklaverei geworfen, und die Freiheit, selbst der weißen Bevölkerung ist in augenscheinlicher Gefahr, den Interessen der südlichen Pflanzer untergeordnet zu werden, wenn nicht das Volk des freien Nordens noch rechtzeitig zur Einsicht der wahren Bedeutung dieser Bewegungen gelangt und seine unselige Gleichgültigkeit in Bezug auf das Schicksal der Neger aufgiebt; denn Tyranei und Freiheit können nicht friedlich mit einander aufwachsen, die eine oder die andere muß erliegen und wenn es bewiesen werden kann, daß tyrannische Grundsätze Raum gewinnen, nun dann muß zugegeben werden, daß die Freiheit in Gefahr ist, verdrängt zu werden. Als Beleg zu der Behauptung, daß die den ersten Patrioten nachgefolgten Führer am Staatsruder das wahre Ziel, die Freiheit, aus den Augen verloren und die Sklaverei, anfangs nur mittelbar durch Unterlassungssünden, zuletzt aber offen und unverschleiert begünstigt haben, lassen wir eine Skizze der Geschichte Amerika's folgen, soweit sie sich auf diesen Gegenstand bezieht, und leider ist der Gegensatz allzu groß zwischen dem Geiste, der die Kongresse von 1784 und 1787 beherrschte, wo Jefferson's und Madison's Einfluß Erfolge errang, die ewiger Bewunderung werth sind, und dem Geiste der nachher die Oberhand erhielt. Zuerst, während der Dauer der Kriegsjahre und der Begeisterung für die Regierungsveränderung, hatten Patriotismus, staatsmännische Voraussicht und Freiheitsliebe die Zügel in Händen, später, nach dem Verschwinden jeder Gefahr, bemächtigten sich Selbstsucht, engherziger und kurzsichtigter Eigennutz derselben.

Das erste Auslieferungs-Gesetz.

Die erste Gelegenheit, bei welcher der Kongreß die einzig würdige Stellung gegenüber der Sklaverei, welche ihm übrig blieb, verließ und, statt sie als eine innere Einrichtung der einzelnen Staaten gänzlich unberücksichtigt zu lassen, ihr die Aufmerksamkeit der Bundesregierung widmete, wodurch dieselbe zugleich mit verantwortlich wurde für ihr Bestehen, war die Erlassung eines Gesetzes (1793) in Bezug auf die Auslieferung von Sklaven, welche nach den freien Staaten entflohen waren. Die freien Staaten mußten allerdings vermöge der obenangeführten Stelle in der Konstitution die Verpflichtung anerkennen, der Wiedererlangung der Flüchtlinge kein Hinderniß in den Weg zu legen; allein weder die Regierungen der nördlichen Staaten, noch die Bundesregierung waren dadurch nach der Meinung der eifrigen Vertheidiger der Freiheit verbunden, dem Sklaveneigenthümer behülflich zu sein, vielmehr wollten dieselben gerade nur so viel und nicht

mehr zu Gunsten des Verfolgers thun, als die Konstitution der Vereinigten Staaten ausdrücklich erforderte, und dies war blos ein Versprechen ihn nicht zu verhindern seinen Sklaven zurückzuführen.

Der Kongreß aber dachte anders und nahm die Sache in seine eignen Hände, indem er einen regelmäßigen Prozeß vorschrieb, auf welche Weise die Behörden der nördlichen Staaten dem Sklavenhalter Hülfe und Beistand zu leisten hätten. Dieses Gesetz war von Wichtigkeit in mehr als einer Beziehung. Erstens war dadurch die Sklaverei offenbar begünstigt, von einer Lokalsünde zu einer Nationalsünde erhoben, und zweitens überschritt der Kongreß dadurch die ihm von der Konstitution übertragene Gewalt, indem er unternahm, für die einzelnen Staaten Gesetze zu geben. Die nördlichen Staaten betrachteten es auch als einen Eingriff in ihre Rechte und verboten ihren Beamten bei schweren Strafen, Theil zu nehmen an der Verfolgung von flüchtigen Negern, ebenso versagten sie den Gebrauch ihrer Gefängnisse für derlei Zwecke und machten das Auslieferungsgesetz theilweise zu einem todten Buchstaben, indem sie den Grundsatz verfolgten, daß in einem Streit zwischen Freiheit und Sklaverei die Sache der Freiheit so viel wie möglich zu begünstigen sei. Allein das war blos das Verdienst der freien Staaten und rettet die Bundesregierung nicht von den gerechtesten Vorwürfen, denn es ist schon schlimm genug, daß die Freiheit durch Kriegslisten und Vorwänden gefördert werden mußte und des Schutzes der Gesetze entbehrte, auch konnten solche Mittel nicht hinreichen zu verhindern, daß gar mancher Neger wieder zurück in die Knechtschaft geschleppt wurde.

Der Sklavenhandel an der Küste.

Der Umstand, daß der Kongreß sich bewogen fühlte, (1807) den Handel mit menschlichen Wesen an der Küste der Ver. Staaten und in Schiffen, die unter dem Schutze der amerikanischen Flagge segeln, gesetzlich zu erlauben, bezeichnet sicherlich einen traurigen Rückschritt, verglichen mit dem Beschluß der Konvention im Jahre 1787, dem zufolge vom Jahre 1808 angefangen die Einfuhr der Neger von Afrika verboten sein sollte. Und selbst dieser Aufschub des Verbotes bis zum Jahre 1808, der von Süd-Carolina und Georgia unter Drohungen, aus dem Bunde auszutreten, gefordert wurde, erhielt die Beistimmung der Konvention nur nach großem Widerspruch von Seiten der aufgeklärtesten Mitglieder und nur darum, weil man lieber Opfer bringen wollte, als den Bund auflösen. Allein die ewige, nie verschwindende Nothwendigkeit, Opfer zu bringen zur Aufrechterhaltung der Union, verschlang gar manche Bürgschaft der Freiheit, gar manche mit Blut bezahlte Errungenschaft. Der also gesetzlich erlaubte Sklavenhandel an den Küsten Amerika's ist im Laufe der Zeit zu einem Uebel furchtbarer Größe herangewachsen. In neuester Zeit wird ein lebhafter, ununterbrochener Handel mit Menschen getrieben unter dem Schutze dieses von der „Muster-Republik" erlassenen Gesetzes, unter dem Schutze der amerikanischen Flagge, und was Jefferson in der Unabhängigkeits-Erklärung als das größte Verbrechen des Königs von England erklärte, was er für ein Verbrechen erklärte, welches Barbaren

schänden würde, das thun seine Enkel am hellen Tage, unerreicht vom Arm der Gerechtigkeit. Von Maryland und namentlich von Virginia, welches kaum einen anderen bedeutenden Ausfuhrartikel hat, werden jährlich Tausende von Negern nach den südlichen Plantagen verschifft, die durch harte Arbeit und durch das Klima im Durchschnitt nicht länger als sieben Jahre nach ihrer Verschiffung am Leben bleiben. Also wird der Mord im Großen betrieben. Kein Krieg, wie blutig er auch sein mochte, hat je so viele Opfer hingeschlachtet, als dieser Sklavenhandel alljährlich fordert, der an den Küsten und in Schiffen der „Freistaaten von Nordamerika“ und unter dem Schutze ihrer Gesetze und ihrer Flagge getrieben wird. Und jeder Versuch, diesem Hinmorden ganzer Geschlechter, wofür die Nation und jeder einzelne Stimmberechtigte verantwortlich ist, Schranken zu setzen durch ein Verbot des Sklavenhandels, wird von den Südländern und ihren Helfern vereitelt, und die Anreger, die blos den dringenden Geboten der Menschlichkeit folgen, werden als Friedensstörer verdammt.

Der Kauf von Louisiana.

Im Jahre 1802 verschloß der spanische Gouverneur von Louisiana den Schiffen der Ver. Staaten die Mündung des Mississippi, wodurch den Handelsinteressen derselben großer Schaden zugefügt wurde. Diese Verletzung der bestehenden Verträge verursachte große Aufregung und im Kongreß wurde sogar der Vorschlag gemacht, gewaltsam Besitz zu ergreifen von New-Orleans. Allein Spanien hatte es an Frankreich abgetreten und man wollte den Frieden erhalten. Darum wurden Unterhandlungen eröffnet, die damit endigten, daß Frankreich Louisiana für die Summe von 15 Mill. Dollars an die Ver. Staaten überließ. Nicht der Ankauf von Louisiana, welcher die Mündung des Mississippi unter die Herrschaft der Republik brachte und dadurch ein großer kommerzieller Gewinn war, wohl aber die Vernachlässigung, die Ordonnanz von 1787 auf die solchermaßen erworbenen Landstrecken anzuwenden und sie dadurch gegen die Einführung der Sklaverei zu sichern, muß als eine folgenschwere Wendung der amerikanischen Politik, als ein öffentliches Unglück betrachtet werden. Es war eine Unterlassungssünde, die sich im Laufe der Zeiten durch ihre Folgen furchtbar rächte. Als Louisiana ein Theil der Ver. Staaten wurde, gab es nur 8 Sklavenstaaten mit 600,000 Sklaven; jetzt gibt es 15 Sklavenstaaten mit 3 Mill. Sklaven, und der Tag der endlichen Erlösung scheint weiter entfernt zu sein als je, und die Begierde nach Ausdehnung des Sklavengebiets ist nicht gesättigt, sondern vielmehr erhöht. Damals waren die Bürger der nicht Sklaven haltenden Staaten noch nicht durch die Erfahrung belehrt, andererseits war die Sklavenarbeit schon bedeutend im Werthe gestiegen und die Südländer benutzten ihren Einfluß mit vollkommener Uebereinstimmung zur Beförderung ihrer Interessen, und so wurde denn vergessen oder vereitelt, der Freiheit eine Schutzmauer aufzuführen.

Die Folgen dieser Vernachlässigung zeigen auf's Unbestreitbarste, daß die Sklaverei überall eingeführt werden wird, wo sie nicht durch ausdrückliche Verordnungen und

Gesetz verhindert ist, und dies sollten die Freunde der Freiheit fest im Gedächtniß behalten und Jeden als einen Verräther, als einen Beförderer der Sklaverei brandmarken, den, der sich der Anwendung der Ordonnanz von 1787 auf neuerworbene Gebiete entgegenstellt.

Louisiana begriff in sich alles Land westlich vom Mississippi, es war nur noch dünn an der Küste nothdürftig angesiedelt, und obgleich die Sklaverei darin ursprünglich aber nach ihrem Herkommen bestand, so wie zu der Zeit in allen anderen von Europäern angelegten Kolonien, so wäre es doch ein Leichtes gewesen, dieselbe mit der Wurzel auszurotten oder ihre Ausbreitung jenseits der bereits angesiedelten Distrikte zu verhindern. Es geschah dies ja 16 Jahre früher in Bezug auf das nordwestliche Gebiet, welches doch von dem Sklavenstaat Virginia abgetreten worden war und woraus später fünf freie Staaten entstanden, während Louisiana durch die Vernachlässigung selbst ein Sklavenstaat blieb und das Gebiet für noch zwei andere lieferte, nämlich Arkansas und Missouri. Die Staaten Mississippi (1817) und Alabama (1819) entstanden aus dem von Georgia in Anspruch genommenen, aber an die Union abgetretenen Gebietern südlich des großen Stromes, und wurden ebenfalls Sklavenstaaten, weil ihre Ansiedelung durch Sklavenhalter nicht verhindert worden war, so fielen sie der Welt als Opfer anheim, weil man keinen Schutzwall errichtet hatte. Dasselbe war der Fall mit Florida, welches im Jahre 1820 von Spanien gekauft, 25 Jahre später als Sklavenstaat in die Union aufgenommen wurde.

Das Missouri-Kompromiß.

Die Ausdehnung der Sklaverei nach allen Richtungen hatte aber zu einem Punkt geführt, der derselben gefährlich zu werden drohte; allein durch die Gewandtheit und Thätigkeit der Südländer einerseits und die Uneinigkeit der Nordländer andererseits wieder mit einem Sieg der Sklavenmacht und einer Demüthigung der Freiheit endigen.

Als Missouri mit einer Konstitution, welche die Sklaverei erlaubte, in die Union aufgenommen zu werden verlangte, erwachten die Bewohner der freien Staaten, die da glaubten, daß Freiheit größeren Segen bringe als Sklaverei, und dieselbe nur aus Liebe zum Frieden nicht beschränkt hatten, zur Einsicht der unumgänglichen Nothwendigkeit, der weiteren Ausdehnung dieser den Segen der Natur verderbenden Institution Schranken zu setzen, und Missouri wurde zurückgewiesen, in der Hoffnung, den Staat zu einer Aenderung der Konstitution zu Gunsten der Freiheit zu bewegen. Der Grundsatz, auf welchem diese Entscheidung basirt war, nämlich keinen neuen Sklavenstaat mehr in den Bund aufzunehmen, war von höchster Wichtigkeit sowohl für die freien als für die Sklavenstaaten, und, wenn folgerichtig durchgeführt, konnte er von so hoher Bedeutung und so guter Wirkung werden, als die Ordonnanz von 1787, oder er konnte dieselbe wenigstens theilweise ergänzen. Darum verlangten die Freunde der Freiheit, daß er fortan

als Richtschnur betrachtet werde, die Anhänger der Sklaverei hingegen, wohl begreifend, daß damit ihren Sonderinteressen ein Todesstreich versetzt und daß die Freiheit endlich einen vollkommenen Sieg über die Sklaverei erringen würde, ließen keine Mittel unversucht, die Bestrebungen der Freiheitsfreunde zu vereiteln.

Im August 1821 erreichte die Sklavenpartei durch das sogenannte Missouri-Kompromiß ihren Zweck in sofern, als Missouri mit der Sklaverei in die Union aufgenommen wurde, und in Bezug auf alle südlich gelegenen Landstrecken dasselbe geschehen sollte, hingegen sollte alles Gebiet westlich und nördlich von Missouri (36′ 30″ nördlicher Breite) davon frei bleiben. Allein auch diese Bestimmung wurde nutzlos gemacht, indem einerseits westlich von Missouri die von den östlichen Staaten vertriebenen Indianer angesiedelt wurden, denen man versprach, sie nicht weiter zu beunruhigen, und andererseits bezüglich des nördlich gelegenen Gebiets der Grundsatz in Ausführung gebracht wurde, daß kein freier Staat in die Union aufzunehmen sei, ohne daß zugleich auch ein Sklavenstaat aufgenommen werde, wie z. B. Wisconsin, welches doch schon in Folge der Ordonnanz von 1787 ein freier Staat bleiben mußte, auf Texas, und Jowa auf Florida zu warten hatten, als ob wir hier in Amerika eines dem vielbesprochenen „europäischen Gleichgewicht" ähnlichen Universalmittels gegen alle Uebel bedürften, welches wir folglich sehr sorgsam zu bewachen hätten.

Das Missouri-Kompromiß passirte durch die im Widerspruch mit den Wünschen ihrer Wähler stehende Stimmenabgabe mehrerer nördlichen Abgeordneten und das Volk der freien Staaten, welches eine abermalige Zurückweisung Missouri's erwartet hatte, war so erbittert über die Abtrünnigen, daß nicht einer derselben wieder erwählt wurde. Die Hoffnung, die Freiheit zur allgemeinen Regel und die Sklaverei zur zufälligen Ausnahme zu machen, deren Ende man mit Zuversicht voraussehen könnte, schwand im Angesicht solcher Ereignisse zusehends und die Sklavenpartei übte stets mehr und mehr Einfluß auf die Regierung aus, und auf welche Weise, ist zu ersehen z. B. aus der

Behandlung der Indianer.

Im Jahre 1825 versuchten die Behörden von Georgia, sich in den Besitz der Ländereien zu versetzen, welche von den Creek-Indianern bewohnt waren. Verträge, die man mit einzelnen bestochenen Häuptlingen des Stammes abgeschlossen hatte, dienten als Vorwand des Anspruches, den man mit Gewalt behaupten zu wollen erklärte. Es war augenscheinlich, daß die Forderung darum gemacht wurde, um die reichen Gefilde vermittelst Sklavenarbeit zu Gunsten der reichen Familien von Georgia ausbeuten zu können, und sowohl die Absicht als die angewendeten Mittel waren verwerflich. Der damalige Präsident John Quincy Adams von Massachusetts suchte die Indianer in ihren natürlichen Rechten gegen die ungerechte Gewalt ihrer habsüchtigen Nachbarn zu schützen, bewirkte aber durch den Versuch nur, daß Georgia eine feindselige Stellung gegenüber der Bundesregierung einnahm und trotzig seinen eignen Willen durchsetzen zu wollen erklärte, koste es was

es wolle. Der Kongreß machte der Schwierigkeit dadurch ein Ende, daß er das Land der Indianer ankaufte und sie selbst an der Westseite des Missis-sippi-Stromes ansiedelte.

Was in Bezug auf die Creeks gelungen war, wurde sofort auch hin-sichtlich der Cherokee-Indianer versucht, deren Länder ebenfalls im Staate Georgia lagen. Dieser Stamm hatte sehr bedeutende Fortschritte auf der Bahn der Civilisation gemacht; sie hatten eine wohlgeordnete Regierung mit geschriebenen Gesetzen, Gerichtshöfe, Schulen und Fabriken, und mußten über-haupt als ein civilisirtes Volk anerkannt werden. Bisher waren sie voll-kommen unabhängig von den Weißen gewesen, allein Georgia hatte bereits Anstrengungen gemacht, sie ihrer Freiheit oder ihrer Ländereien zu berauben, welche nur durch den Schutz, den ihnen Präsident Adams angedeihen ließ, vereitelt wurden. Als nun später ein Sklavenhalter, nämlich General Jackson, Präsident geworden war und Georgia weniger Widerstand von Seiten der Bundesregierung zu erfahren hoffte, schritten die Behörden desselben zur Vollführung einer Gewaltthat, welche an himmelschreiender Ungerechtigkeit von der Theilung Polens bei weitem nicht erreicht wird. Die Legislatur dehnte nämlich eigenmächtiger Weise und zuwider allen gesunden Begriffen von Recht und Billigkeit die Gesetze von Georgia über die Ländereien der Indianer aus (1829) und vernichtete dadurch deren eigene Gesetze, ihre Freiheit und Unabhängigkeit, und bestimmte unter Anderm, damit der Raubsucht und Bru-talität der Weißen ein recht weiter Spielraum bleibe, daß kein Indianer gültiges Zeugniß vor Gericht ablegen könnte gegen einen Weißen. Die Ab-sicht der Gewaltthat war also nicht nur, die Sklaverei der Neger nach deren Land auszudehnen, sondern sie selber zu Sklaven zu machen oder sie gänzlich zu vertreiben.

Obschon der höchste Gerichtshof der Ver. Staaten die Maßregeln der Georgia-Legislatur für verfassungswidrig erklärte, so blieb diese Entscheidung doch ohne Folgen, und Jackson antwortete den um Beistand gegen die An-maßungen der Weißen flehenden Indianern, daß er keine Gewalt habe sie zu beschützen, und rieth ihnen, sich zu unterwerfen, was er übrigens nur den Sklavenhaltern von Georgia zu Gefallen that, indem der Präsident nicht nur das Recht hat, sondern sogar verpflichtet ist, den Entscheidungen des höchsten Gerichtshofes Achtung zu verschaffen.

Nach vielen Intriguen und wiederholten Drohungen, Gewalt zu ge-brauchen, wurden die Cherokee's endlich im Jahre 1838 gezwungen, das Land ihrer Väter zu verlassen, und wo einst der freie Indianer voll Glück und Lebenslust sein Schicksal pries, dort verflucht jetzt der unter der Peitsche zit-ternde Negersklave sein Dasein. Und dieser Rückschritt auf der Bahn der Civilisation wurde durch die sogenannte republikanische Regierung der Ver. Staaten und dem vielgerühmten „Demokraten" Jackson befördert.

Im Jahre 1835 brachen in Florida Feindseligkeiten aus zwischen den Weißen und den Indianern, vorzüglich darum, weil flüchtige Neger und Ne-gerinnen in großer Anzahl Schutz gefunden hatten in den Lagerplätzen der Seminolen, und weil sie sich weigerten, dieselben auszuliefern, die da durch Wechselheirathen vielfach verschwägert waren. Man versuchte, die Seminolen

eben so wie die Creeks und Cherokees zur Auswanderung zu bewegen, und ohne Zweifel waren bei der Austreibung der zuletzt genannten Stämme ähnliche Ursachen mitwirkend, aber es wurde nur bezüglich der Seminolen als einer der Hauptgründe laut ausgesprochen. General Thompson, der amerikanische Kommissär, welcher den Kaufvertrag mit dem Häuptling Osceolo abschließen sollte, ließ diesen, als er sich nicht willig zeigte sein Heimathland zu verlassen, in Ketten schlagen. Osceolo verbarg seinen Grimm, unterhandelte von Neuem, gab scheinbar seine Zustimmung zu allen Vorschlägen der Weißen und erhielt so seine Freiheit wieder. Allein die Seminolen vermeinten, den weißen Verräthern keine Treue schuldig zu sein, vielmehr bewußt, ihr natürliches Recht auf ihre Heimath zu vertheidigen und die Pflicht der Gastfreundschaft gegenüber den Negern zu erfüllen, begannen sie einen Vertilgungskrieg gegen ihre Feinde, welcher vom December 1835 angefangen, als der wieder in Freiheit gesetzte Osceola den General Thompson und seine Gefährten niedermetzelte, fünf lange Jahre dauerte, während welcher auf beiden Seiten unzählige Opfer bluteten. Der Krieg endigte allerdings mit der Ueberwältigung der Indianer durch die überlegene Kriegskunst der Weißen, allein er brachte der Republik wenig Ehre und Ruhm ein, denn die abermalige Gefangennehmung Osceola's, der mit einer weißen Flagge, als dem Zeichen des Waffenstillstandes, in's Lager gekommen war, sieht einer Verrätherei gar sehr ähnlich und General Jessup hat seinen Namen dadurch nicht verherrlicht. Osceola war der beste Führer der Seminolen und sein Verlust bereitete ihnen den Untergang. Sie mußten sich, nachdem der Krieg unzählige Menschenleben und 40 Millionen Dollars gekostet hatte, bequemen, ihre Heimath aufzugeben, nicht ohne den Trost mitzunehmen, sie aufs Kräftigste vertheidigt zu haben und wenigstens in einer Beziehung, nämlich in der Behandlung der gastlich empfangenen Neger, welche der Sklaverei entflohen waren, nobler, humaner, ja christlicher gehandelt zu haben, als die stolzen angelsächsischen Weißen, die sich für eine von Gott auserwählte Nation halten, welche zur Ausbreitung der Civilisation (?) bestimmt sei.

Texas.

Während des Krieges mit den Seminolen bereiteten sich auf mexikanischem Boden zunächst der Gränze, nämlich in Texas, neue Stürme und neue Triumphe der furchtbar wachsenden Sklavenmacht vor. Texas war bald nach der Trennung Mexiko's von Spanien durch Amerikaner angesiedelt worden, welche ihre Sklaven dahin mitbrachten. Als nun im Jahre 1828 die liberale Partei im mexikanischen Kongreß die Oberhand erhielt und den Geboten der Humanität und Civilisation folgend den Beschluß faßte, die Sklaverei im ganzen Umfang der Republik aufzuheben, und Präsident Guerrero denselben in Ausführung bringen wollte, machten die amerikanischen Ansiedler, pochend auf eine ihnen früher gegebene Zusage, Anstalten, Widerstand zu leisten, und das schwache Mexiko, zerrissen durch einheimischen Hader, ließ mit feiger Nachgiebigkeit ab von der gerechten Forderung der Unterwerfung unter das allgemeine Gesetz, und machte eine Ausnahme für die Widerspänstigen, indem es denselben erlaubte, ihre Neger auch ferner als Sklaven zu behalten. Die auf diese Weise deutlich zu erkennen gegebene Schwäche

Mexiko's ermuthigte die Texaner, denen von Seiten der Pflanzer in den Ver. Staaten bereits alle nöthige Hülfe und Unterstützung versprochen worden war, sich im Jahre 1836 von Mexiko gänzlich loszutrennen, was sie auch nach vergleichungsweise geringen Anstrengungen bewerkstelligten.

Die unmittelbare Absicht der Texaner war, eine Republik nach dem Muster der südlichen Unionsstaaten zu bilden, worin natürlich die Sklaverei sich alles gesetzlichen Schutzes erfreuen sollte; allein nicht zufrieden damit, die von ihnen bewohnten Landstriche zu behaupten, erklärten sie den Rio Grande zur Gränze ihres neuen Staates, und machten also Anspruch auf Provinzen, deren Bewohner gar keine Gemeinschaft mit ihnen hatten, weder in Bezug auf Nationalität, noch nach ihren Gesinnungen. Die von den Ver. Staaten gesendete Hülfe war nämlich nicht geleistet worden, um Unbilden zu rächen, die an den Texanern verübt worden waren, sondern um der Sklarerei ein weites Reich zu erobern; denn Ausdehnung gibt dem Sklaveneigenthum einen erhöheten Werth und der Institution größere Widerstandsfähigkeit gegen die Angriffe der Freigesinnten.

Darum durften sich die Texaner nicht begnügen mit dem wirklich eroberten, d. h. gegen die Mexikaner behaupteten Gebiet nördlich des Nueces-Flusses, sondern um sich der ihnen so nothwendigen ferneren Unterstützung ihrer Bundesgenossen zu versichern, mußten sie alles Land bis an den Rio Grande für sich und die Sklaverei in Anspruch nehmen. Diese Landstrecken betrugen ungefähr zweimal so viel als die Texaner wirklich inne hatten, als sie nach dem Recht der Eroberung, dem einzigen worauf sie sich stützen konnten, besaßen, und sie hätten mit demselben Grad von Billigkeit ihre eingebildeten Gränzen bis an die Landenge von Panama ausdehnen können. Die Unsinnigkeit der texanischen Forderung wurde aufs Deutlichste blosgestellt durch den Ausgang der von General Hugh Mc Leon angeführten Expedition (1841), welche in Uebereinstimmung mit diesen Gränzansprüchen im Namen von Texas Besitz ergreifen sollte von Neu-Mexiko, aber von den Bewohnern angegriffen und gefangen genommen wurde. Wir erwähnen den Gegenstand und fordern besondere Aufmerksamkeit dafür, weil die Gränzfrage später die Ursache eines blutigen Krieges geworden ist. Von nun an beschränkten sich die Texaner auf ihr Gebiet und suchten, so gut es gehen wollte, ihr unabhängiges Dasein zu behaupten, bis im Jahre 1844 England Unterhandlungen mit denselben eröffnete, vorzüglich um einen Handelsvertrag zu Stande zu bringen, außerdem sollten aber noch Gegenstände von höchster politischer Wichtigkeit geordnet werden. England versprach die Anerkennung von Texas als unabhängigen Staates von Mexiko zu erwirken, Texas sollte die Sklaverei aufheben. Diese Unterhandlungen, mochten sie von England aus rein humanen oder aus eigennützigen Beweggründen betrieben werden, hätten, wenn sie vollkommen gelungen wären, der Menschheit einen unberechenbaren Dienst erwiesen, denn Millionen Acker Landes wären der Sklaverei entrissen worden.

Allein zwei Sklavenhalter, John Tyler von Virginien als Präsident und John C. Calhoun als Staatssekretär, hatten die Zügel der Regierung der Ver. Staaten in Händen und betrachteten die Unterhandlungen Englands mit Texas, welche zu Gunsten der Freiheit auszufallan drohten, mit

mißgünstigen Augen. Sobald es klar wurde, daß Texas in einen freien Staat verwandelt werden sollte, wurden von Seite der amerikanischen Regierung alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Absichten Englands zu vereiteln und den Anschluß von Texas an die Ver. Staaten zu bewirken.

Die freien Staaten des Nordens, theils aus Liebe zum Frieden, theils um die Verstärkung der Sklavenmacht in der Union zu verhindern, oder auch entrüstet über die Bestrebungen der Regierung, die Sklaverei in Texas aufrecht zu erhalten, traten gegen den Anschluß auf. Der politische Kampf wegen dieser Frage wurde mit der größten Heftigkeit und mit Anstrengung aller Kräfte geführt. Die Führer aller Parteien suchten ihren Einfluß geltend zu machen; so arbeiteten Henry Clay, Martin Van Buren und Thomas Benton gegen, und John C. Calhoun, Andrew Jackson und Lewis Caß für die Aufnahme von Texas: überhaupt schien man zu erkennen, daß eine Lebensfrage für die Republik zu entscheiden war, ob nämlich der Schutz der Sklaverei oder ob die Ausbildung und Entwickelung der Freiheit ihr Zweck sei. Die Südländer, entschlossen ihre Absichten durchzusetzen, begannen mit der Auflösung der Union zu drohen, wenn Texas zurückgewiesen würde; ein Mittel, welches sie seitdem noch mehrmals angewendet haben und stets anzuwenden Willens sind, wenn immer der Norden sich unfolgsam zeigt und die nördlichen Abgeordneten gezwungen werden sollen, gegen ihre eigenen Gesinnungen und die Gefühle ihrer Wähler zu stimmen, d. h. ein Mittel, welches dazu benutzt wurde und wieder benutzt werden wird, um den Norden am Gängelband zu führen.

Nach und nach wurde durch starkes Fluchen und Drohen von Seite der Südländer der Norden eingeschüchtert, der Widerstand gegen den Anschluß von Texas wurde immer geringer, eine Schildwache der Freiheit nach der andern ließ sich von der Ländergier bethören und ging zum Feind über, bis endlich die Texas-Partei im Jahre 1844 durch die Wahl des James K. Polk zum Präsidenten der Ver. Staaten einen vollständigen Triumph feierte. Ehe noch Tyler's Amtszeit verflossen war, wurde nun Texas in die Union aufgenommen, und zwar auf eine Art und Weise, wodurch die Verfassung verletzt wurde; denn dieselbe schreibt vor, daß Verträge mit auswärtigen Mächten der Bestätigung von zwei Drittel aller Stimmen des Senats bedürfen, um gültig zu sein, und Texas war offenbar eine auswärtige Macht, mit welcher ein Vertrag wegen der Aufnahme in die Union abzuschließen war; allein dieser Artikel wäre in Folge der Zusammensetzung des Senats ein unübersteigliches Hinderniß gewesen gegen die Ausführung des lange vorbereiteten und eifrigst betriebenen Planes, die Sklavenmacht in der Union durch den Anschluß von Texas zu verstärken. Deßwegen vermaß man sich, denselben unberücksichtigt zu lassen, ihn zu umgehen, indem man keinen Vertrag zwischen den Ver. Staaten und Texas vorbereitete, sondern mit einfacher Mehrheit in den beiden Häusern des Kongresses den Beschluß faßte, daß Texas in die Union aufzunehmen sei, und den Präsidenten bevollmächtigte, die dazu nöthigen Schritte zu thun. Der Norden war also wieder einmal betrogen, und zwar vorzüglich durch seine eigenen Kongreßmitglieder, die nicht dahin zu bringen waren, festen und ausdauernden Widerstand zu leisten gegen die der Freiheit gefährlichen Forderungen der Südländer.

Der Krieg mit Mexiko.

Nach der Aufnahme von Texas in die Union, und zwar vorzüglich durch seine zweifelhaften Gränzen, entwickelten sich rasch die Keime eines Krieges zwischen den Ver. Staaten und Mexiko, denn letzteres hatte die Unabhängigkeit von Texas nie anerkannt, vielmehr gedachte es seine Ansprüche daran, gelegentlich wieder geltend zu machen, am allerwenigsten aber war es bereit noch konnte es dazu geneigt sein, wenn noch ein Funke von Muth und Ehrgefühl in seinem Volke steckte, die von Texas beanspruchten Gränzen zu bewilligen. Allein Gewalt geht vor Recht, heißt es, und Mexiko war schwach, darum hatte es Unrecht! Die Gewalt der amerikanischen Regierung lag in den Händen der Sklavenpartei, die nichts so sehnlich wünschte, als den Erwerb ausgedehnter Landstrecken und Raum für die Anlegung neuer Sklaven-Plantagen zu gewinnen. Unter solchen Umständen waren die Bemühungen von amerikanischer Seite, den Frieden aufrecht zu erhalten, nur sehr schwach und unvollständig, im Gegentheil behandelte man Mexiko mit Geringschätzung und nahm zuletzt gar gewaltsam Besitz von den streitigen Gebieten am Rio Grande, und dies entschied den Ausbruch des Krieges. Es ist für den Zweck dieser Blätter hinreichend, die Ursachen angeführt zu haben, welche den Krieg hervorbrachten, und wir halten es für unnöthig, eine Beschreibung desselben zu liefern. Es war ein den Freiheitsfreund betrübendes Schauspiel, die Nachkommen Jefferson's für die Ausdehnung der Sklaverei kämpfen zu sehen, denn das war der Zweck des Krieges, und wenn es noch eines Beweises dafür bedarf, so liefern ihn die Verhandlungen des Kongresses von jener Zeit.

Bei Gelegenheit der Geldbewilligung für den Krieg machte David Wilmot, Abgeordneter von Pennsylvanien, im Kongreß den Antrag, die Mittel nur unter der Bedingung zu bewilligen, daß die etwa zu erobernden Landstrecken auf ewige Zeiten von der Sklaverei in jeder Form befreit bleiben sollten. Dieser Antrag, die Ordonnanz von 1787 gleich im Voraus zu erneuern, welcher von nun an das Wilmot-Proviso genannt wurde, hätte, wenn angenommen, die Plane der südlichen Pflanzer, die da von den zu machenden Eroberungen eine große Machterweiterung erwarteten, gänzlich vereitelt und allen Zuwachs an politischer Macht den freien Staaten zugesichert, ja es ist sogar die unaussprechlich wichtige Frage des Fortbestehens der Sklaverei im Allgemeinen aufs Innigste damit verflochten, denn die Erfahrung hat gezeigt, daß dieselbe in den an die freien Staaten gränzenden Gegenden nach und nach von freier Arbeit und durch den Druck der öffentlichen Meinung verdrängt und also nach den südlicheren Staaten getrieben wird, woraus folgt, daß, wenn auch von der andern Seite ähnliche Kräfte darauf einwirkten, die Sklaverei endlich auf ein ganz kleines Gebiet beschränkt werden könnte, wo sie dann in ihrem eigenen Verderbniß zu Grunde gehen müßte. Dagegen forderten die Südländer laut, daß ihnen kein Hinderniß in den Weg gelegt werde, mit ihrem Sklaveneigenthum nach den zu erobernden Ländern auszuwandern, d. h. die Sklaverei dahin auszudehnen, sie forderten es angeblich als ein ihnen zustehendes Recht nach der Konstitution, und ihre Anmaßung war in sofern erfolgreich, als das Geld durch die feilen

Miethlinge unter den nördlichen Abgeordneten und Senatoren ohne Bedingung bewilligt wurde. Man benutzte den Vorwand, daß die Frage von zu großer Wichtigkeit sei, um bloß als ein Anhängsel an eine Geldbewilligung entschieden zu werden, man gab vor, die Entscheidung aufschieben zu wollen, um sie später einer vollkommenern Erörterung zu unterwerfen. Man vergaß vielleicht absichtlich, daß die erste Gelegenheit, Gutes zu thun, immer die beste Gelegenheit sei, man schob die Erfüllung einer heiligen Pflicht auf, um sich derselben zu entledigen, und spätere Entwickelungen rechtfertigen jeden derartigen Verdacht.

Wie man erwartet hatte, kamen durch den Friedensschluß mit Mexiko „Entschädigungen für die Vergangenheit und Bürgschaften für die Zukunft", wie man die Eroberungen nannte, an die Ver. Staaten in der Form weit ausgedehnter Provinzen. Mexiko mußte nicht nur den Rio Grande als Gränze anerkennen, sondern auch Kalifornien und die Länder am Salzsee abtreten. Die Frage, ob der Sklaverei erlaubt sein sollte sich auszudehnen, oder ob diese weiten Länder der freien Arbeit erhalten werden sollten, war also von höchster praktischer Bedeutung, es war ein Preis des Ringens werth, selbst wenn man von der moralischen Verpflichtung der Republik, die Freiheit zu befördern und die Sklaverei zu beschränken, absieht, für Deutsche aber hatte das Wilmot-Proviso in sofern noch eine erhöhte Wichtigkeit, als alle jene Gebiete, worin die Sklaverei besteht, den Einwanderern gewissermaßen verschlossen sind, indem Sklavenarbeit und freie Arbeit nicht wohl beisammen bestehen können, die eine oder die andere erhält das Uebergewicht und unterdrückt ihre Mitarbeiterin, und in den Sklavenstaaten ist der weiße Arbeiter, wenn er arm ist, geringgeschätzt, verachtet und wird selbst nicht viel besser als ein Sklave behandelt.

Die Präsidentenwahl im Jahre 1848.

Nun rückte die Zeit heran, wo eine neue Präsidentenwahl vorzunehmen war, und diese Zeit ist stets der Probierstein der Tugend und Rechtschaffenheit amerikanischer Staatsmänner. Wer dann den Versuchungen des Teufels widersteht, der ist verläßlich für alle Zukunft, aber nur Wenige bestehen diese Feuerprobe, denn der Preis ist allzu groß. Die hohe Besoldung, die Ehre, der politische Einfluß und die Macht, Freunde und Anhänger reichlich zu belohnen und Feinde zu bestrafen, so wie die dargebotene Gelegenheit, sich vielleicht auf die eine oder andere Art die Gunst des Volkes oder einflußreicher Volksklassen zu erwerben, um so noch länger als vier Jahre in der erhabenen Stellung zu verbleiben, Alles wirkt zusammen, um die Präsidentenwürde zum höchsten Ziel der Wünsche aller ehrgeizigen Politiker zu machen. Der Umstand aber, daß die südlichen Staaten alle Bewegungen der nördlichen mit größter Eifersucht bewachen und vereinigt darauf hinarbeiten, jeden wirklich freigesinnten, der Sklaverei abholden Staatsmann von diesem Amte entfernt zu halten, und daß die freien Staaten, obgleich sie eine größere Anzahl von Wahlstimmen besitzen, doch nie einen entschlossenen Gebrauch von dieser Ueberlegenheit zu Gunsten der Freiheit gemacht, sondern mit wenigen Ausnahmen sich der Leitung der Sklavenhalter überlassen haben; dieser Umstand hat zur Folge gehabt, daß die Bewerber um dieses Amt sich vorzüglich,

ja beinahe ausschließlich der Gunst des Südens zu versichern suchten und darauf rechneten, der Norden werde sich mit gewohnter Folgsamkeit den Vorschriften des Südens unterwerfen. Daher wurde stets entweder ein südlicher Sklavenhalter oder ein sogenannter Mann des Nordens mit südlichen Grundsätzen zur Präsidentenwürde erhoben und dadurch die Macht und der Einfluß der Regierung in die Hände der Sklavenhalter gelegt. General Caß, der schon seit langer Zeit sein Auge unverrückt auf die Präsidentur gerichtet hatte, verzweifelte daran, den ersehnten Preis zu erhalten, wenn es ihm nicht gelänge, den guten Willen der Sklavenhalter für sich zu gewinnen. Darauf war nun sein ganzes Streben berechnet und er war sogar bereit, ein gefährliches Opfer zu bringen, um seinen Zweck zu erreichen.

Im December 1847 schrieb er einen Brief an Mr. Nicholson in Tennessee, worin er sich gegen die Anwendung der Ordonnanz von 1787 oder des Wilmot-Proviso auf die neu erworbenen Gebiete aussprach und die Meinung ausdrückte, daß die Ausdehnung der Sklaverei durchaus keine Vermehrung des Uebels, sondern eher eine Milderung desselben herbeiführen würde. Die Unrichtigkeit dieser Ansicht liegt auf der Hand, besonders wenn man bedenkt, daß jedes von einer Sklavin geborne Kind, gleichviel ob Neger, Mulatte oder Quadrone, ebenfalls wieder auf Lebenszeit Sklave bleibt, aber die Unrichtigkeit der Ansicht ist nicht die Hauptsache, die Schlauheit und Hinterlist, welche in diesem Briefe enthalten ist, muß unsere Aufmerksamkeit vorzüglich in Anspruch nehmen. Derselbe war weiter nichts als ein Versprechen, sich den Geboten des Südens unterwerfen zu wollen, es war der Tribut, den der Mann des Nordens den südlichen Grundsätzen entrichten zu müssen glaubte. In der National-Konvention der demokratischen Partei wurde General Caß, nachdem er sich auf diese Art erniedrigt hatte, als Bewerber für die Präsidentenwürde vorgeschlagen und die sogenannte Baltimore Plattform erneuert, welche jeden Angriff auf die Sclaverei gleichsam für Landesverrath erklärt. Die Whigs versammelten sich in Philadelphia und schlugen General Taylor von Louisiana, einen Sklavenhalter, vor ohne jedoch irgend welche Beschlüsse zu fassen, welche als ein Glaubensbekenntniß der Partei hätten betrachtet werden können.

Die Bewerber für das höchste Amt in der Republik waren also wieder ein Sklavenhalter und ein „Mann des Nordens mit südlichen Grundsätzen". Die eifrigen Anhänger der wahren Freiheit, diejenigen, die den Republikanismus nicht bloß im Munde führen, sondern in Anwendung gebracht wissen wollten, konnten nicht mit gutem Gewissen wählen zwischen diesen zwei Herren, denn das Schicksal der weit ausgedehnten Landstrecken am Rio Grande und westlich von den Felsengebirgen sollte ihren Händen anvertraut werden, und das schien eben so gefährlich, als wenn man ein Lamm unter des Wolfes Obhut stellen wollte. Sie mußten sich daher um der Behauptung der Freiheit willen von den alten Parteiverbindungen lossagen und einen dritten Bewerber aufstellen, der das Panier der Freiheit entfalten und ihre Anhänger um sich versammeln sollte, und so geschah es.

Die von der demokratischen Partei sich Lostrennenden, die sogenannten Barnburners (oder Radikalen im Gegensatz zu den konservativen Demokra-

ten), schlugen Martin Van Buren vor, der auch später von der in Buffalo versammelten Freesoil- oder Freiboden-Partei als Führer anerkannt wurde.

Die Freiboden-Partei, hervorgerufen durch den Umstand, daß die beiden alten Parteien sich gänzlich der Leitung der Sklavenhalter unterworfen zu haben schienen, suchten das Volk der nördlichen Staaten zur Verfolgung einer der Republik würdigen Politik zu bewegen; sie suchten die von Jefferson in der Unabhängigkeits-Erklärung proklamirten Grundsätze zur Wahrheit zu machen, und forderten die freisinnigen Männer in den Reihen beider Parteien auf, sich ihnen anzuschließen und fortan vereint zu kämpfen 1) für das Wilmot-Proviso. Die glorreiche Ordonnanz der Freiheit sollte alle neuerworbenen Gebiete gegen die Sklaverei beschützen; 2) für die Aufhebung der Sklaverei durch einen Beschluß des Kongresses, wo immer derselbe das verfassungsmäßige Recht dazu hat, nämlich in der Hauptstadt Washington und in allen Festungen, Arsenalen, Magazinen u. s. w., welche Eigenthum der Union sind; 3) für die Verhinderung des Sklavenhandels unter der Flagge der Ver. Staaten, welcher an den Küsten derselben getrieben wird; 4) gegen die Aufnahme neuer Sklavenstaaten in den Bund; 5) für die unentgeltliche Bewilligung von Land an wirkliche Ansiedler; und 6) für die Regulirung schiffbarer Flüsse und die Ausbesserung von Häfen auf Staatskosten.

Jeder dieser 6 Punkte ist in Uebereinstimmung mit einer richtigen Auffassung der moralischen Pflichten der Republik und trägt den Stempel der Freisinnigkeit an der Stirn. Wenn in Anwendung gebracht, würden sie die Ausdehnung der Sklaverei unmöglich machen, die Regierung von jeder Verantwortlichkeit für ihr Fortbestehen in den südlichen Staaten befreien und das Gedeihen und den Flor des Landes in jeder Beziehung befördern. Das Auftauchen der Freesoilpartei war ein Ereigniß, welches Epoche machen wird in der Geschichte Amerika's; denn wenn noch ein Funken von Lebenskraft in der Republik steckt, so muß eine solche Partei nach und nach zur Macht gelangen und Amerika von der Schmach befreien, welche mit der Aufrechterhaltung der Sklaverei verbunden ist. Bei der Wahl erhielt der (neuerdings wieder abtrünnig gewordene) Van Buren eine bedeutende Anzahl von Stimmen, besonders in den Staaten New-York, Ohio, Massachusetts und Wisconsin. Es waren dies die Saamenkörner für die Zukunft, und durch des Volkes Thatkraft darf die Freiheit eine reiche Ernte davon hoffen. Lewis Caß, der Verräther, wurde geschlagen und General Taylor war zum Präsidenten der Ver. Staaten erwählt.

Das Kompromiß von 1850.

Die Frage in Bezug auf das Verbot, die Sklaverei in den neuerworbenen Gebieten einzuführen, rückte indeß ihrer Entscheidung näher. Der Süden begann wieder zu Drohungen seine Zuflucht zu nehmen, um auf den Norden einzuwirken, da derselbe entschlossen zu sein schien, die Ausdehnung der Sklaverei um jeden Preis zu verhindern; hatten doch die Legislaturen von 14 freien Staaten und von Delaware ihre Senatoren und Abgeordneten im Kongreß angewiesen, die Freiheit der Gebiete aufs Aeußerste zu vertheidigen.

Während der politische Kampf aufs Heftigste wüthete, versammelten sich die Bewohner von Kalifornien, aufgefordert dazu durch Präsident Taylor, um eine Staatsverfassung zu entwerfen und die Streitfrage selbst zu entscheiden, um dadurch eine dem guten Einvernehmen der Bundesglieder gefährliche, allzu heftige Reibung der Parteien wo möglich zu vermeiden. Sie sprachen sich gegen die Sklaverei aus, nahmen das Verbot als einen Artikel in ihre Konstitution auf, setzten ihre Staatsregierung in Gang, erwählten Senatoren und Abgeordnete und verlangten als Staat in die Union aufgenommen zu werden.

Dies war die Lage der Dinge, als der Kongreß im December 1849 eröffnet wurde. Noch war nichts verloren, im Gegentheil, Kalifornien schien gesichert zu sein und der Präsident erklärte laut, daß er mit Zuversicht einer ähnlichen Selbstentscheidung auch in Neu-Mexiko und in den Mormonen-Ansiedelungen am Salzsee, Utah genannt, entgegensehe und dieselben begünstigen werde; die Freunde der Freiheit hatten daher alle Ursache, gutes Muthes und voll Hoffnung zu sein. Allein was geschah? Die Sklavenhalter, welche wohl mit guten Gründen befürchteten, durch die heimlichen Bemühungen des Präsidenten Taylor den Preis zu verlieren, um dessen willen sie alle Furien des Kriegs heraufbeschworen hatten, drohten jetzt mehr als je zuvor mit der Auflösung der Union, wenn man ihnen verwehren wolle, Sklaven nach den noch übrigen Gebieten zu führen, oder auch wenn man Kalifornien mit seiner freisinnigen Verfassung in den Bund aufnähme, und doch konnte jedes Kind begreifen, daß diese Drohungen bloße Schreckschüsse waren, denn sie haben genug zu thun, um ihre Neger in Unterwürfigkeit zu erhalten, und hätten also keine Kräfte übrig, gegen die gesetzlich bestehende Regierung mit Erfolg aufzutreten. Ueberdies machen die Sklavenhalter nur etwa den zehnten Theil der Bevölkerung aus, und es ist sehr zweifelhaft, ob die arme weiße Bevölkerung, welche kein Interesse an der Erhaltung der Sklaverei hat, Theil nehmen würde an solchen verrätherischen Unternehmungen.

Drohungen der Art sind leer, ohnmächtig, lächerlich und schon außerordentlich abgenutzt; denn seit der Trennung von England hat der Süden fortwährend bei jeder Gelegenheit, wo er etwas erreichen wollte, damit gedroht; wohl nie im Ernst, sondern um den leichtgläubigen Norden damit nach Gefallen am Narrenseil zu führen. Eine Anzahl Verräther unter den nördlichen Senatoren und Repräsentanten, die leider sehr groß war, anstatt diese windigen Drohungen gar keiner Aufmerksamkeit zu würdigen, nahmen augenblicklich die Gelegenheit wahr, sich der Gunst der Sklavenhalter zu versichern, die sie bei zukünftigen Wahlen zu benützen gedachten, und angeblich um die *Union aus einer drohenden Gefahr zu retten*, opferten sie die Freiheit auf, indem sie sich mit den Feinden derselben vereinigten. *Sie ließen den deutlich ausgesprochenen Willen ihrer Wähler unberücksichtigt und gaben die Gebiete dem Pesthauch der Sklaverei preis.*

Durch die Drohungen der Sklavenhalter, durch den verderblichen Einfluß des Präsidenten Fillmore und die angebliche Furcht vor einer Auflösung

der Union, die den nördlichen Repräsentanten zum Deckmantel ihrer Verrätherei dienen mußte, kam das sogenannte Kompromiß zu Stande. Es besteht in folgenden Maßregeln:

1) Aufnahme von Kalifornien in die Union.
2) Die Bewilligung von 10 Millionen Dollars aus dem Staatsschatz an Texas, angeblich für die Entsagung auf einen (gänzlichun gegründeten) Anspruch auf Neu-Mexiko.
3) Die Einsetzung von Gebietsregierungen für Neu-Mexiko und Utah, ohne das Verbot der Sklaverei dabei anzuwenden.
4) Die Abschaffung der Sklavenmärkte im Distrikt Columbia.
5) Das Auslieferungsgesetz in Bezug auf flüchtige Sklaven.

Ein Kompromiß heißt ein Vergleich und müßte daher Bestimmungen enthalten, die so weit als möglich den billigen Forderungen beider Theile Rechnung trügen; aber abgesehen davon, daß gewissenhafte Gesetzgeber mit Grundsätzen nie Tauschhandel treiben sollen; abgesehen davon, daß zwischen Recht und Unrecht kein Uebereinkommen stattfinden sollte — hat dieses Kompromiß der Freiheit Nichts und den Sklavenhaltern Alles bewilligt.

Die Aufnahme von Kalifornien war keine Bewilligung zu Gunsten der Freiheit; denn nach der Verfassung der Vereinigten Staaten und in Uebereinstimmung mit dem Friedensschluß mit Mexiko mußte es als Staat aufgenommen werden und der Kongreß konnte gar nicht anders handeln, wenn er seine Pflicht erfüllen wollte; aber anstatt dies augenblicklich zu thun, wie es von gesunder Politik geboten wurde, ließ man sich durch den Widerstand der Sklavenhalter sechs Monate lang davon abhalten und machte die Aufnahme überhaupt von Bedingungen abhängig, welche damit gar nichts zu thun hatten. Es wurde förmlicher Stimmenhandel getrieben, und das Versprechen, für die Aufnahme von Kalifornien zu stimmen, mußte durch das Gegenversprechen erkauft werden, für die Bewilligung von 10 Millionen Dollars an Texas, für das Auslieferungsgesetz und gegen die Anwendung des Wilmot-Proviso auf Neu-Mexiko stimmen zu wollen. Es gab einige ehrenvolle Ausnahmen unter den Gesetzgebern, die mit größter Anstrengung gegen derlei Schachereien ankämpften, z. B. John P. Hale, T. H. Benton, W. H. Seward, H. Dodge und Hamlin im Senat und Einige im Haus, allein die Mehrheit im Kongreß, bestehend aus den Südländern und den nördlichen Verräthern, erdrückte jeden Widerstand.

Die Entschädigung von Texas, wie man die Auszahlung von 10 Millionen Dollars an dasselbe nannte, war eine der großartigsten Schwindeleien, die je vorgekommen sind, eine Bestechung im größten Maßstabe. Texas hatte nämlich noch von seinem Unabhängigkeitskampf her ungeheure Schulden, da es zu jener Zeit genöthigt gewesen war, für 20 Dollars baares Geld Schuldverschreibungen für 100 Dollars zu geben. Ueberladen mit Schulden auf diese Art war Texas unfähig, seine Versprechungen zu erfüllen, und die Schuldscheine sanken im Werth beinahe bis auf Null herab. Als nun das Repräsentantenhaus Widerstand leistete gegen diese Maßregel, wurden die erwähnten Schuldscheine in großer Menge entweder

unentgeltlich oder zu sehr geringen Preisen an die Herren Gesetzgeber vertheilt, und bald darauf entschlossen sie sich, die 10 Millionen aus dem Staatsschatz, also aus den Taschen des Volkes, zu bewilligen, unter der Bedingung, daß Texas seine Schulden damit einlösen sollte. Auf diese Weise wurden Stimmen für das Kompromiß erkauft und das Volk mußte den Preis dafür baar bezahlen. Das Merkwürdigste bei dieser Angelegenheit ist aber der Umstand, daß man sich, während über die 10 Millionen erörtert wurde, den Anschein gab, als wollte man Neu-Mexiko dadurch vor der Einführung der Sklaverei sichern, die dort nach mexikanischem Gesetz verboten, nach texanischem aber erlaubt gewesen wäre; allein auch dies wurde wieder vernachlässigt und zwar vorsätzlich, indem man Gebietsregierungen für Neu-Mexiko und Utah einsetzte, nicht nur ohne die Ordonanz von 1787 darauf anzuwenden, sondern verbunden mit einer unzweideutigen Begünstigung der Sklaverei, indem man der Gebietslegislatur die Gewalt absprach, dieselbe zu verbieten, was einer ausdrücklichen Erlaubniß derselben wenigstens bis das Gebiet zum Staat erhoben wird gleichkommt. Um aber zweifach gewiß zu sein, ernannte der kompromißgetreue Präsident Fillmore Sklavenhalter zu Gouverneurs- und Richterstellen in Neu-Mexiko, die ihre Sklaven dahin mitnahmen, um mit erhabenem Beispiel voranzugehen. Somit dürfen wir erwarten, daß Neu-Mexiko in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts als Sklavenstaat in die Union aufgenommen zu werden verlangen wird, während diese niederträchtige Institution in der Türkei und in Tunis abgeschafft wird und selbst an der Westküste von Afrika verschwindet. O! Amerikanische Freiheit!

Das Auslieferungsgesetz geht dahin, daß jeder Südländer, dem ein Sklave entlaufen ist, versehen mit einem beglaubigten Zeugniß der Thatsache, nach Norden kommen, den nächsten besten Neger ergreifen und vor einen dazu ernannten Kommissär schleppen kann, der den Unglücklichen ohne Mitwirkung eines Schwurgerichts, ohne ihm Zeit noch Gelegenheit zur vollständigen Vertheidigung zu gewähren, nach einer Art Untersuchung, d. h. wenn die Person des Negers einigermaßen mit der Beschreibung übereinstimmt, in die lebenslängliche Knechtschaft zurückschickt. Ein Fall hat sich in Philadelphia zugetragen, wo erwiesenermaßen ein Irrthum in der Person stattfand, der nur durch die Großmuth des Sklavenhalters keine lebenslänglich traurigen Folgen für den betreffenden Neger hatte. Der Kommissär erhält $10 aus dem Staatsschatz, wenn er den Neger zum Sklaven erklärt und nur $5 im entgegengesetzten Fall. Außerdem enthält das Gesetz noch zahlreiche Strafbestimmungen gegen alle Diejenigen, die den Negern nur im Geringsten zur Flucht behülflich sein sollten. Wenn ein flüchtiger Sklave, vielleicht hart verfolgt von seinen erbarmungslosen Peinigern, Schutz, Obdach oder Nahrung bei uns sucht (und wer könnte so unmenschlich sein zu verweigern?), so verlangt dieses unerhört niederträchtige Gesetz, daß wir es abschlagen oder ihn gar festhalten sollen, und droht im entgegengesetzten Fall freien Männern mit entehrenden Strafen. Kriegsgericht und Belagerungszustand in ihren schrecklichsten Gestalten sind durch das Auslieferungsgesetz auf amerikanischen Boden verpflanzt und die Freiheit im Allgemeinen hat dadurch einen betäubenden Schlag empfangen; denn

Willkür und Tyrannei, wie dieses Gesetz sie pflegt, können nicht bloß in einem einzelnen Zweig der Gesetzgebung gedeihen, sondern um aufrecht erhalten zu werden, müssen sie mit neuen Beschränkungen der Freiheit befestigt werden. Die zahlreichen gerichtlichen Verfolgungen, welche in Folge des gegen die Ausführung dieses Gesetzes geleisteten Widerstandes betrieben wurden, und die Anwendung von Militärgewalt, wie z. B. in Boston, Syracuse und in Christiana, zeigen deutlich, wohin ein solcher Anfang führt.

Die Aufgeklärtesten im Volke der nördlichen Staaten hatten den Ausverkauf aller freien Grundsätze, wie er in dem Kompromiß bewerkstelligt wurde, mit unverhaltenem Widerwillen beobachtet und alle Maßregeln als dem Geist der Freiheit zuwider verdammt; allein die Kongreßmitglieder waren mehr darauf bedacht, den Forderungen der südlichen Sklavenhalter als ihrer Wähler Genüge zu leisten; weil die Ersteren von jeher den Ton angegeben und die Letzteren sich darein gefügt haben.

Die Verantwortlichkeit, die Kompromißmaßregeln zu Gesetzen erhoben zu haben, ruht mit gleicher Schwere auf der „demokratischen" Partei, wie auf den Whigs, auf den nördlichen Repräsentanten weit mehr, als auf den unter den verderbenden Einflüssen der Sklaverei aufgewachsenen Südländern, und nur die kleine Schaar der Freibodenmänner, mit wenigen ehrenvollen Ausnahmen in den Reihen der alten Parteien, leisteten ausdauernden Widerstand, leider ohne Erfolg.

Aber nicht genug, die Ehre der Republik befleckt und den Gerechtigkeitssinn der Bürger beleidigt zu haben, gingen die Anhänger des Kompromiß weiter und verlangten die Verewigung ihres Machwerks unter Androhung eines politischen Bannfluches; sie gingen so weit unter sich auszumachen, daß der Besprechung und Erörterung der Sklavenfrage ein Ende gemacht werden müsse, d. h. sie vermaßen sich, dem Volk der Republik Vorschriften und Verhaltungsregeln vorschreiben zu wollen, und im Fall der Widersetzlichkeit waren sie dahin übereingekommen, ihren ganzen Einfluß dazu zu verwenden, Jeden von irgend einem Amt auszuschließen, der sich nicht verpflichtete, die entehrenden Maßregeln gegen jeden Tadel und jede Veränderung zu vertheidigen. Daß derlei Daumschrauben, wenn einmal mit Erfolg in Anwendung gebracht, eine der Freiheit Aller gefährliche Waffe selbstsüchtiger und eigennütziger Sippschaften werden könnten, versteht sich von selbst, und daß sie, allen reinen republikanischen Grundsätzen zuwider, Vorboten der tiefsten Verderbtheit und Erniedrigung sind. Die „ewige Dauer" (finality), die „Heilighaltung" und „Unverletzbarkeit" des Kompromisses von 1850, vorzüglich aber des Auslieferungsgesetzes, bildete während der darauf folgenden zwei Jahre den Hauptgegenstand der Erörterung und das Ziel des Strebens aller Derjenigen, welche entweder die „eigenthümliche Einrichtung des Südens", wie die Sklaverei beschönigend genannt wird, offen oder verdeckt begünstigen wollten, oder die zu denkfaul waren, um eine eigene Meinung folgerichtig zu behaupten, und also der Mehrheit zufielen, sobald sich deutlich gezeigt hatte, auf welcher Seite die Mehrheit war, und endlich der großen Zahl Derjenigen, die Politik als einen Erwerbszweig betreibend den Staat als eine ihnen zugehörige Melkkuh betrachteten, deren einziger Beweggrund der Eigennutz war.

Die Südländer aber, weit entfernt, sich mit den durch das Kompromiß errungenen Triumphen zu begnügen, schmiedeten neue Pläne, die Sklaverei über freie Gebiete auszudehnen oder die Macht ihrer Partei in der Union durch den Anschluß neuer Sklavenstaaten zu verstärken. Als Beweis dafür mögen die zwar verunglückten Bestrebungen dienen, Kalifornien zu spalten, sowie die wiederholten Angriffe auf die Insel Cuba, die von den Pflanzern in New-Orleans vorbereitet, zu keinem anderen Zweck unternommen wurden, als um den künftigen Anschluß von Cuba an die Union zu bewirken, wodurch die Sklavenpartei einen bedeutenden Stimmenzuwachs im Kongreß erhalten würde. Nachdem die Angriffe auf Cuba mißlungen und diese Hoffnungen auf geraume Zeit vernichtet waren, richteten die nimmersatten Räuber ihr Auge wieder auf das hülflose Mexiko, um das Possenspiel des texanischen Freiheitskampfes zu wiederholen. Carvajal, ein Mexikaner, der jedoch nur ein Werkzeug der ihn umgebenden texanischen Bande und der das Geld vorschießenden Sklavenhalter war (sowie Lopez in Bezug auf Cuba), fiel in die nördlichen Provinzen von Mexiko ein, um einen Theil der Republik von der Centralregierung loszureißen, um anfänglich einen unabhängigen Staat daraus zu machen, der dann später, nach Einführung der „alleinseligmachenden" Sklaverei, in die Union aufzunehmen gewesen wäre. Das Unternehmen schlug fehl, aber die Absicht, die texanische Komödie zu wiederholen, lag klar zu Tage.

Wer ist denn der General Pierce?

Unter solchen Umständen versammelte sich die National-Convention der demokratischen Partei Anfangs Juni 1852 in Baltimore. Nachdem oftmals ohne Ergebniß für Caß, Buchanan, Lane, Douglas und Marcy gestimmt worden war, vereinigte sich zuletzt eine überwiegende Mehrheit auf Franklin Pierce und stellte ein Parteiprogramm auf, welches voll geschraubten Redensarten und ohne für die Freiheit und den Fortschritt irgend etwas zu versprechen, nur die Interessen der Sklavenhalter wahrt, das Kompromiß mit „Einschluß des Auslieferungsgesetzes" billigt und für die ganze demokratische Partei die Verpflichtung übernimmt, „jeder weitern Anregung und Erörterung der Sklavenfrage, sowohl innerhalb als außerhalb des Kongresses Widerstand zu leisten", d. h. sowohl den Volksvertretern als auch dem Volke selbst, in Bezug auf eine der wichtigsten Fragen im Leben, den Mund zu stopfen. Dieses, eher russische als amerikanische Parteiproaramm wurde von den Vterretern der angeblich „demokratischen" Partei, ohne den mindesten Widerspruch von irgend einer Seite, mit lautem Zuruf der Beistimmung angenommen. Die Art und Weise wie Franklin Pierce zur Ehre gelangte zum Bannerträger erkoren zu werden, verdient einiger Worte Erwähnung. Eine Clique von Aemterjägern, die ihre Verzweigungen sowohl im Norden wie im Süden hatten, und worin ämterhungrige Anhänger Martin Van Buren's von 1848 ebenso zahlreich, als kompromißfeindliche Feuerfresser des Südens waren, hatten nämlich um ihre Macht, ihren Einfluß also ihre Unentbehrlichkeit zu zeigen, und erbost über die ihren Hoffnungen im Wege stehenden Entschlüsse der Kompromißfreunde nur aus ihrer Mitte zu wählen, ein Plänchen ge-

schmiedet um die bedeutendsten Führer der Partei aus dem Wege zu schaffen und eine an sie verschacherte Puppe auf den reichbeladnen Thron zu heben. Die Aufgabe für diese Schlauen war einen Mann zu finden, der sich selbst nie eine Hoffnung auf einen solchen Ehrenposten gemacht hatte und daher, wenn erfolgreich, den Drahtziehern alles zu verdanken hatte, einen Mann, der bei verschiedener Beleuchtung, so zu sagen, verschiedene Farben spielte, um damit er die Stimme sowohl der Freunde als der Gegner des Kompromiß auf sich vereinige. Ein solcher Mann im Dunkel gehalten bis sich die Anhänger der verschiedenen Bewerber im vergeblichen Kampfe abgemüht hatten und dann im günstigen Augenblick ans Tageslicht gebracht, mußte als letzter Hoffnungsanker der Partei betrachtet, den Preis davon tragen und ein solcher Mann war Pierce oder er wurde künstlich dazu hergerichtet.

Pierce's Vergangenheit konnte dem Süden als Bürgschaft seiner „gesunden" Ansichten über die Sklaverei hinreichend sein, hatte er doch im Jahre 1851 durch seinen Einfluß dem in New-Hampshire demokratischerseits zum Gouverneur nominirten John Atwood die Nomination und also die Erwählung entzogen, weil sich dieser hatte bewegen lassen, seine Mißbilligung des Auslieferungsgesetzes öffentlich auszusprechen. Der Süden hatte also gute Ursachen, dem Pierce zu trauen. Um den Norden ins Garn zu bekommen, war ein kleines Manöver nothwendig, welches, mit gehöriger Geschicklichkeit ausgeführt, den allezeit genügsamen Norden zu befriedigen bestimmt war. Ein Mr. Scott von Virginien, ein Mitglied der obenerwähnten Clique und Delegate zur Konvention, schrieb nämlich einen Anfragebrief an alle vermuthlichen Kandidaten für die Präsidentenwürde, um sie angeblich schon im Voraus dahin zu verpflichten, jeden Widerruf des Auslieferungsgesetzes mit ihrem Veto zu belegen, in der That aber nur, um die in die Falle gehenden Großwürdenträger der Partei im Norden unmöglich zu machen und seinem Schützling Gelegenheit zu geben, sich durch sein Schweigen über diesen Punkt den, Kurzsichtige täuschenden, Anschein der Freisinnigkeit zu geben. Alle nothwendigen Ränke, wohin namentlich die wacherhaltene Eifersucht der verschiedenen Theile der Konvention gehören, wurden mit Umsicht und Erfolg ausgefährt und das Ergebniß war, wie schon erwähnt, die Nomination und die Wahl des Franklin Pierce, eines „Nordländers mit südlichen Grundsätzen" im Herzen und einem sehr dünnen und durchsichtigen Anstrich von Freisinnigkeit, eines Mannes, schon im Voraus an die Aemterjäger verpfändet, von denen Viele um der Beute willen ihre Grundsätze geopfert hatten.

Würdigung der gegenwärtigen Administration.

Der blinde Glaube an die Vorzüglichkeit der „regelmäßigen" demokratischen Partei, der Umstand daß Pierce den obenerwähnten Anfragebrief in Bezug auf das Auslieferungsgesetz unbeantwortet gelassen hatte, auch die mit Umsicht bewerkstelligte Zusammensetzung des Cabinets und einige an die fremden Gesandten gerichteten Phrasen in der Inaugural-Rede des Präsidenten Pierce hatte bei vielen große Hoffnungen wach werden lassen, besonders unter den Deutschen, die da, indem sie für Pierce und King stimmten,

für die Freiheit gestimmt und gesiegt zu haben glaubten. Jetzt ist es Zeit zu fragen, sind diese Hoffnungen in irgend einer Hinsicht erfüllt worden? Wir glauben mit Bestimmtheit Nein antworten zu können.

Die aus Pierce's Schweigen gezogene Schlußfolgerung, daß er es mit der Ausführung des Flüchtlingsgesetzes nicht so genau nehmen würde, wurde schon durch die Antrittsrede widerlegt. Welcher Fortschrittsmaßregel hat die Administration das Wort geredet? Hat sie die Landreform befördert, hat sie wohlfeiles überseeisches Postporto in Vorschlag oder vernünftige Zolländerungen in Anregung gebracht, um den sich immer vermehrenden Zollüberschuß zu vermindern, hat sie die diplomatischen Posten auf eine die Ehre Amerika's befördernde Weise besetzt. Nein, nichts von allem dem, vielmehr schien die neue Regierung eine gleichmäßige Vertheilung der Siegesbeute unter die verschiedenen Flügel ihrer Anhänger als eine ihrer Hauptaufgaben zu betrachten, war doch der Frage, wer soll Hafeneinnehmer von New York sein und daher wer soll die vielen Stellen im Zollhaus vergeben können, nie vorher eine so große, das gute Einvernehmen der Sieger gefährdende Bedeutung beigelegt worden. Auch in Bezug auf die Stellung Amerika's dem Ausland gegenüber, wurde nur nach Knalleffekten gehascht, ohne praktisches Ergebniß und ohne Folgerichtigkeit. Dahin gehören erstens das Circular in Betreff der diplomatischen Livres, worin republikanische Einfachheit anbefohlen wird, welches aber durch seine Nichtbefolgung nur lächerlich wurde und zweitens der Brief Marcy's an Hülseman in der Koszta'ischen Angelegenheit, worin er allerdings die, vom Volk Amerika's bereits ausgesprochene Billigung dessen, was Ingraham in Smyrna gethan, wiederholt und eine sehr freisinnige Ansicht in Bezug auf den Schutzanspruch zukünftiger Bürger verficht; allein wie wenig consequent ist die Administration geblieben, betreffs mehrerer Fälle ähnlicher Art, die sich seitdem in Frankreich und Deutschland zugetragen haben, was uns auf den Gedanken bringt, daß es mit Koszta ebenso gegangen wäre, hätte man nicht mit einer bereits vollendeten Thatsache zu thun gehabt. Ueberdies war die Zwangs-Einschiffung Koszta's nach Amerika, die auf Oesterreichs Verlangen erfolgte, wenig im Einklang mit der bereits eingenommenen Stellung. Der Vertrag mit Santa Anna aber, welcher diesem Tyrannen von Mexiko 10 Millionen Dollars gab für einen kleinen Streifen Land und eine Erlaubniß, eine Eisenbahn zu bauen, gerade in dem Augenblick, wo Santa Anna auf dem Punkte stand, gestürzt zu werden, gibt dem Scharfsinn unserer gegenwärtigen Regierung ein schlechtes Zeugniß. Und wo ja mit „Energie" gehandelt wurde, wie in Greytown, dort war Brutalität und niedrige Rachsucht der Beweggrund.

Der Art, wie Pierce erwählt wurde zufolge, durfte es nicht Wunder nehmen, daß die Amtsernennungen für den Staat New-York eine Lebensfrage für die Administration bildeten und den Anfang einer Spaltung im Lager der Demokraten bezeichneten. Es waren nämlich zwei verschiedene Sippschaften vorhanden, die nach Marcy's berühmtem Sprichwort: „dem Sieger gehört die Beute" die zu verleihenden Aemter als ihnen von Rechtswegen zugehörig in Anspruch nahmen, und im Weigerungsfalle nach echter

Banditenart nach dem Messer zu greifen drohten. Die Gegner des Wilmot-Proviso's, die Hunkers von 1848 und Anhänger des Kompromiß von 1850 unter Anführung von Daniel S. Dikinson betrachteten sich selbst als die einzigen, reinen unverfälschten Baltimore-Plattform Demokraten (hard-shells) und wollten die zur selben Fahne zurückgekehrten früheren Anhänger Van Burens, und die Versöhnung predigenden Vermittler (soft-shells) nicht als gleichberechtigte Mitglieder der siegreichen Partei anerkennen. Die Soft-shells hingegen, welche die Nomination und Wahl des Pierce wie oben erwähnt, wenn auch durch Winkelzüge und falsche Vorspiegelungen erzielet hatten, waren um keines andern Beweggrundes als der Aemter willen, ihren früheren Grundsätzen untreu geworden und forderten daher ihren Verrätherlohn mit desto größerem Ungestüm. Armer Pierce! eine solche hungrige Bande zufrieden zu stellen, war keine Kleinigkeit und es hat Dir manche schwere Stunde verursacht. Schon das Kabinet, worin alle Schattirungen vertreten waren und an dessen Spitze namentlich Marcy, das Haupt der Soft-shells gestellt wurde, mißfiel den Kompromißleuten außerordentlich, da nicht genug oder nicht Alle von denen waren, die die „Union retten" geholfen hatten, und Dickinson schwur der Administration ewige Feindschaft, natürlich was kümmert ihn die Wohlfahrt Amerika's, wenn er seinen Gegner in einem Amte sieht, welches von guten Rechtswegen einem Harten gehört. Als aber die Hälfte der noch übrigen Aemter im Staate, auch den Soft-shells zufielen, da war der Bruch entschieden und die Harten waren entschlossen, die „unverdiente Zurücksetzung" hinter die „amnestirten Verräther" bei der nächsten Staatswahl zu rächen. Sie wollten sich die Herrschaft in der Staatsconvention sichern, die Administration in ihren Beschlüssen tadeln und lauter Harte für die Staatsämter nominiren. Die Soft-shells dagegen, welche mit der Austheilung des Futters zufrieden waren und pflichtgemäß ihren Brodherrn vor jedem Tadel zu bewahren hatten, entdecktrn jetzt, daß sie die eigentlichen, ursprünglichen, reinen und unverfälschten Administrations-Demokraten wären. Beide Theile, um des Sieges in der Convention gewiß zu sein, wählten unter sich Abgeordnete, woraus natürlich zwei Conventionen und zwei Wahlzettel entstunden, deren Anhänger sich selbst für die Reinen und Unverfälschten, die Gegner aber für Rebellen und Ruhestörer erklärten. Der Scandal war groß und wurde durch die Einmischung des Kabinets nur ärger, denn der Schatzkammersekretär, als oberste Behörde über die Zollhäuser, schrieb an den Hafeneinnehmer von New-York einen tadelnden Brief, buchstäblich wegen der ungleichen Austheilung der Aemter zwischen den Harten und Weichen, wirklich aber um den, das Anti-Administrations-ticket unterstützenden Collector in einen Streit zu verwickeln und ihn zum Abdanken zu zwingen. Nun in dieser Beziehung erreichte die Administration ihren Zweck, zwar um den Preis der ihrer Stellung innewohnenden Würde, aber bei der Wahl im November 1853 zeigte sich, daß die demokratische Partei hoffnungslos gespalten war und die Whigs trugen den Preis davon.

Die Nebraska-Bill.

Bisher hatte sich die Administration durch ihre kleinliche und unberufene Einmischung in die Wahlen der einzelnen Staaten, und die demokratische

Partei durch den Hader über die Beute, bedeutende Blößen gegeben, bald ward ihnen aber Gelegenheit geboten, sich in den Augen der öffentlichen Meinung in ihrer ganzen Verächtlichkeit zu zeigen. Nach Eröffnung des Kongresses (Dez. 1853) trat eines schönen Morgens Stephen A. Douglas von Illinois, im Senat als Vorsitzer des Gebietsausschusses, auf, und brachte einen Gesetzentwurf ein, um ein Gebiet mit Namen Nebraska zu errichten. In seinen mündlichen Bemerkungen darüber, wie auch in dem Bericht des Ausschusses über den Entwurf waren Zweifel ausgedrückt über die Rechtsgültigkeit desjenigen Theils vom Missouri-Kompromiß, der die Einführung der Sklaverei nördlich von 36° 30′ auf immer verbietet, indem darin dem Kongreß überhaupt die Macht abgesprochen wird, über diesen Gegenstand Gesetze zu erlassen und um auf diese Weise einen mächtigen Angriff auf das Verbot einzuleiten. Als hierauf Senator Chase von Ohio in kräftiger Rede die Gültigkeit derselben vertheidigte und die Ungereimtheit der Meinung blosstellte, als könne der Kongreß den zukünftigen Bewohnern von Nebraska die Macht der Entscheidung über einen besondern Gegenstand verleihen, während er sie selbst nicht besitzt, flüchtete sich Douglas hinter die Behauptung, daß die Kompromißmaßregeln von 1850 das auf Nebraska Anwendung findende Missouri-Kompromiß entkräften. Das Missouri-Kompromiß, welches vorzüglich durch südliche Stimmen im Kongreß und als Gegenconzession für die Aufnahme Missouris als Sklavenstaat in die Union beschlossen wurde, verbietet die Einführung der Sklaverei in den von Frankreich unter dem Namen Louisiana erworbenen Gebieten, nördlich vom 36° 30′ nördlicher Breite und ist soweit es in Kraft besteht eine Erneuerung der Ordonnanz von 1787 und daher von unschätzbarem Werth. Zu behaupten, daß dasselbe durch die Maßregeln von 1850, welche sich nur auf die von Mexiko erworbenen Gebiete bezogen, entkräftet wird, heißt erstens einen Unsinn und eine Lüge behaupten, und zweitens der Ausbreitung der Sklaverei das Wort reden; denn die Aufhebung eines solchen Verbotes kann nur als eine Einladung an die Sklavenhalter betrachtet werden, diesen Fluch dahin mitzubringen. Die Floskeln bezüglich der Selbstentscheidung der dortigen Bewohner, sind heuchlerisches Gewäsch auf Täuschung berechnet; wozu soll die Frage noch einmal für offen erklärt werden, wenn sie schon einmal, und zwar seit mehr als 30 Jahren zu Gunsten der Freiheit entschieden worden war, wozu anders, als um wo möglich eine entgegengesetzte Entscheidung zu erwirken, was auch aus den von den Sklavenhaltern im angrenzenden Missouri betriebenen Vorbereitungen zur Ansiedlung von Kansas deutlich hervorgeht. Um aber die vollendete Heuchelei Derjenigen zu entlarven, welche die Grundsätze des Gesetzentwurfs als Selbstregierung der Ansiedler vertheidigen, muß erwähnt werden, daß demselben zu Folge nicht nur der Gouverneur, sondern auch alle andern Beamten und Richter für jene Gebiete vom Präsidenten ernannt werden, und daß der Kongreß sich ein Veto gegen alle von der Gebietslegislatur erlassenen Gesetze vorbehalten hat, und um der Sklaverei um so leichteres Spiel zu gewähren, wurde sogar durch Clayton's Zusatz versucht, alle Eingewanderten vom Stimmrecht auszuschließen, welcher letztere Vorschlag jedoch vom Haus gestrichen wurde.

Die Südländer aber glaubten in dem Entwurf eine Zweideutigkeit in

Bezug auf die Aufhebung oder die Fortdauer des Missouri-Kompromisses zu entdecken; enthielt doch die 10 Millionen-Bill, in welcher die Grenzen von Texas festgesetzt sind, eine abermalige ausdrückliche Bestätigung desselben, und sie mochten sich daher nicht mit einer zweifelhaften unklaren Behauptung, statt eines bestimmten Widerrufes begnügen. Deßhalb zwang Senator Dixon von Kentucky den Douglas seine Karten zu zeigen, indem er einen Zusatz einbrachte, worin ein ausdrücklicher Widerruf des Missouri-Kompromiß enthalten war; denn jetzt mußte Douglas entweder, indem er den Zusatz billigt, dem Norden gegenüber die ungetheilte Verantwortlichkeit dafür übernehmen, oder er mußte sich, wenn er dagegen war, dem Vorwurf aussetzen, den Süden täuschen zu wollen. Die Administration, die schon lange ob des Vorwurfes erbebt hatte, im Bunde mit Van Buren zu stehen, wollte jetzt die Gelegenheit benützen, um sich davon zu reinigen und trieb den zögernden, Ungewitter befürchtenden Douglas dem Süden gänzlich in die Arme; denn entweder mußte er der Vorfechter der Sklavenparthei sein oder Pierce wollte es selber wagen, den ungeheuern Betrug als eine, von seiner Administration gebilligte und ausgehende Maßregel anzukündigen. Es handelte sich um die Gunst des Südens, also wie er meinte, um einen bedeutenden Vorsprung bei der nächsten Präsidentenwahl, es handelte sich um die Erbfolge, deßhalb verschrieb sich Douglas dem Teufel und indem er Dixon's Zusatz, als der ursprünglichen Absicht der Bill angemessen erklärte, wagte er jenen Sprung, welcher ihm wahrscheinlich das Genick brechen wird.

Auf diese Weise kam die etwas veränderte Kansas-Nebraska-Bill auf die Beine, welche ohne Rückhalt die Ausdehnung der Sklaverei auf ein ungeheures Gebiet begünstigt, welches an Flächenraum allen freien Staaten der Union gleichkommt. Und obgleich das Volk des Nordens unmittelbar nach der Einführung dieses, den Republikanismus an der Wurzel angreifenden Vorschlages in die Hallen des Kongresses seine entschiedene Mißbilligung desselben auf die unzweideutigste Weise durch die Presse, durch Volksversammlungen und Kundgebungen aller Art laut werden ließ, so hielt dies die Südländer und ihre Mitverschworenen doch nicht ab, den einmal verabredeten und wohldurchdachten Plan zur Ausführung zu bringen. Denn erstens waren sie entschlossen, jene, ihnen unbequemen in der Unabhängigkeitserklärung niedergelegten Grundsätze von der Gleichheit aller Menschen und von ihrem unverlierbaren Recht auf Freiheit, um jeden Preis aus der Gesetzgebung zu verbannen, und auf den Trümmern derselben die Keime zu einer immer weiter reichenden Herrschaft der Sklavenhalter zu pflanzen, die allmälig den Einfluß der nördlichen Staaten zu überwältigen und mit Beibehaltung der Form und des Namens, das Wesen der Republik umzustürzen bestimmt wäre.

Und zweitens, je länger die Debatten dauerten und je mehr der Norden sich darüber aussprach, namentlich durch die Wahlen in New-Hampshire, Connecticut und Rhode Island, um desto wahrscheinlicher wurde es, daß jeder Aufschub einer Niederlage der Verschworenen gleich zu achten gewesen wäre. Aber dachten sie, haben wir nur einmal den ersten Schritt zur Vollführung unserer Absicht mit Erfolg gethan, haben wir nur erst durch die Nebraskabill das Missouri-Kompromiß aus dem Weg geräumt, so wird sich das jetzt

ein wenig erzürnte Volk bald wieder beruhigen, in das Unabänderliche ergeben und in kurzer Zeit können wir ohne Gefahr wieder einen Schritt weiter auf der vorgezeichneten Bahn gehen. Deßhalb wurde der Wille des Volkes mit Füßen getreten, deßhalb wurden selbst die niederträchtigsten Mittel, nämlich die Bestechung, nicht gescheut, um die nothwendige Stimmenzahl für die Maßregel zu erlangen.

Im Senat kämpften die wenigen Vertheidiger der Freiheit mit aller Kraft, die Wahrheit, Talent und Beredsamkeit geben konnten gegen den Entwurf, wurden aber, nachdem die Verhandlungen durch unerhörte Gemeinheit und freche Verhöhnung jeder Freiheitsgesinnung von Seite der Verfechter des Sklaveninteresses merkwürdig geworden war, überstimmt. Als hierauf das Haus der Repräsentanten die Absicht vermuthen ließ, die Bills durch einen parlamentarischen Kniff los zu werden, wurde von Seite der Administration im Geheimen jene Maschinerie in Bewegung gesetzt, die vermittelst der Macht der Amtsverleihung eine Anzahl feiler Volksvertreter in den Dienst der Sklavenhalter preßte. Und selbst unter diesen Umständen wären die Bills dem entschlossenen Widerstande der Minderheit erlegen, wenn die Mehrheit nicht der Geschäftsordnung des Hauses zuwider, die Befugniß der Minderheit im Ausschuß des Ganzen Amendements vorzuschlagen widerrechtlich beschränkt hätte. Nachdem die Sitzungen mehrmals ganze Nächte hindurch gedauert hatten, gelang es eine Abstimmung zu erzwingen, bei welcher sich folgendes erbauliches Zahlenverhältniß ergab: im Haus 113 dafür und 100 dagegen (im Senat 43 dafür und 14 dagegen), und zwar stimmten im Haus 44 und im Senat 14 nördliche Demokraten und fast alle südlichen Mitglieder beider Häuser für die Bill, während alle nördlichen Whigs, ein Theil der nördlichen Demokraten und eine kleine Anzahl Südländer dagegen votirten. Der Präsident unterzeichnete die Bill.

Soweit es also von den jetzigen Machthabern abhängt, sind die weiten Landstrecken von Kansas und Nebraska der Sklaverei geöffnet.

Freilich ist die Passirung der Nebraskabill noch nicht das Ende, sondern erst der Anfang des großen Kampfes, und noch wäre es möglich, die grenzenlose Niederträchtigkeit zu hintertreiben, wenn sich das Volk in seiner Macht erhöbe.

Die Entwicklungsgeschichte von ganz Amerika für Jahrhunderte hängt davon ab, ob wir, das Volk des freien Nordens, den Muth haben, die Freiheit durch eine zweckmäßige Stimmenabgabe zu schützen, oder wenn erforderlich, mit unserm Blute zu vertheidigen, oder ob wir uns feig den Geboten einer Schurkenbande fügen, welche die Befriedigung ihres Ehrgeizes wenn nöthig, mit Millionen Thränen und Seufzern zu erkaufen bereit sind. Unter den obwaltenden Umständen bleibt uns Deutschen nur diese Wahl, entweder müßen wir uns so tief erniedrigen und schmieden helfen an neuen Ketten, wir müßen Theil nehmen an der Unterdrückung der unglücklichen Schwarzen, oder uns lossagen von ihren Tyrannen und uns trennen von den Parteien, die den Sklavenhaltern in die Hände arbeiten, nämlich von den sog. Demokraten. In verschiedenen Theilen der Union haben sich auch bereits Keime eines er-

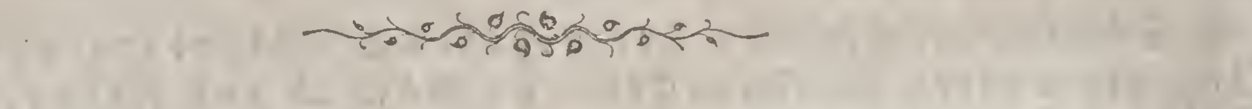
wachenden Unabhängigkeitssinnes unter den Deutschen entwickelt, die, wenn sie fortwachsen, zu einem erfreulichen Ergebniß führen können.

Auch die wiederholte Verwerfung der Landreform-Maßregel ist eine Folge des aristokratischen Einflusses der Sklavenhalter und der servilen Unterwürfigkeit vieler nördlicher Abgeordneten.

Schlußbetrachtung.

Wir haben also gesehen, daß die Sklaverei, statt nach und nach abgeschafft zu werden, nur festeren Fuß gefaßt hat und durch die Macht und den Einfluß der amerikanischen Regierung auf weite Länder ausgedehnt wurde, die ehemals davon frei waren, und jetzt durch die Nebraskabill abermals ausgedehnt werden soll.

Es muß anders werden, die alten Parteien müssen vom Volk verlassen und die jugendkräftige unverderbte dritte Partei in's Amt eingesetzt werden, und wenn wir die Kräfte mustern, welche derselben zu Gebote stehen, so brauchen wir gar nicht entmuthigt von unsern Bestrebungen abzulassen, denn seitdem die Nebraskabill Tausenden die Augen geöffnet hat, geht in allen freien Staaten eine Verschmelzung der Parteien vor sich, welche alle aufrichtigen Freunde der bedrohten Freiheit, also alle Gegner der Sklaverei unter dem Namen der republikanischen Partei zu vereinigen strebt.



Druck von J. Scholer, 11 Frankfort-Street, New-York.




WERT
BOOKBINDING
Grantville, Pa.
Jan - Feb 1989
We're Quality Bound

